

# DOSSIER

#4 2023 | BEILAGE DES AKTUELL |

OGBL

Analyse der Wahlprogramme

Was schlagen die Parteien vor?

## Einführung

Nun ist es soweit. Der Wahltermin, der die neuen Kräfteverhältnisse und den politischen Kurs des Landes in den nächsten fünf Jahren bestimmen wird, steht unmittelbar bevor. Seit Anfang September sind Wahlplakate auf den Straßen, Wahlflyer in unseren Briefkästen und Wahlkampfspots auf unseren Bildschirmen zu sehen, so dass man sich dem Wahlkampf kaum noch entziehen kann.

Aber was bieten die politischen Parteien wirklich an, abgesehen von dem schönen Lächeln, den Slogans und der attraktiven Verpackung, die jede Partei benutzt (und manchmal auch missbraucht), um die Wahl am 8. Oktober zu gewinnen? Was steht in ihren Programmen?

Der OGBL hatte angekündigt, dass er sich in den Wahlkampf einmischen würde! Nachdem der OGBL im Juni seine Hauptforderungen an die politischen Parteien gerichtet hatte (Akt 1), Mitte September einen runden Tisch mit Vertretern mehrerer Parteien organisiert hatte, um deren Positionen gegenüberzustellen (Akt 2), veröffentlicht der OGBL hier im Rahmen dieses Dossiers eine umfangreiche vergleichende Analyse der Wahlprogramme (Akt 3).

Die von uns vorgelegte Analyse ist jedoch nicht erschöpfend. Wir konzentrieren uns hier ausschließlich auf die wichtigsten Themen, die die Arbeitnehmer, Pensionäre und ihre Familien in ihrem Alltag betreffen und die genau das Kompetenzfeld des OGBL darstellen.

Leider war das Wahlprogramm der KPL bei Redaktionsschluss noch nicht verfügbar. Interessierte Leserinnen und Leser können es hier einsehen:

[www.kommunisten.lu](http://www.kommunisten.lu)

Dieses Dossier behandelt – aus Platzgründen – nur die für die gewerkschaftliche Arbeit zentralen Themen, wie Arbeitsrecht, Steuern, Renten usw. Das heißt nicht, dass der OGBL sich darüber hinaus auch die allgemeine gesellschaftspolitische Ausrichtung mancher Parteien im Auge behaltet.

Zurzeit beobachten wir mit Sorge den Rechtsruck in ganz Europa, und darüber hinaus. Es gilt dafür zu sorgen, dass sich diese Entwicklung nicht auch in Luxemburg in einer Stärkung dieser Parteien ausdrückt. Und sonder Zweifel finden sich solche Tendenzen diesmal gleich bei mehreren Parteien.

Insbesondere trifft dies auf die ADR zu. Ihr rechtspopulistisches, nationalistisches und identitäres Gedankengut zieht sich wie ein roter Faden durch die 326 Seiten des Wahlprogramms. Die ADR bewegt sich politisch und ideologisch in der weltfremden Blase einer vermeintlich ethnisch homogenen luxemburgischen Kultur und Volksgruppe, die es in Wirklichkeit so noch nie gegeben hat und es auch in Zukunft nicht geben wird. Die ADR verneint den historischen Fluss der Ansammlung vielfältiger Kultureinflüsse, deren ständige Mischung und kunterbunte Vermischung, alles das, was das wahre luxemburgische Sein, seine Kultur und dessen Bewegung ausmacht.

Die ADR macht sich der Spaltung der luxemburgischen Gesellschaft schuldig: In „Wir“, die vermeintlich „echten“ Luxemburger, die sich vordergründig durch den luxemburgischen Ausweis

und die luxemburgische Sprache definieren, die „wahren Träger“ der luxemburgischen Kultur. Und in „Sie“, die Träger des bedrohlichen „Fremden“, die in Luxemburg wohnhaften Ausländern und die in Luxemburg arbeitstätigen Grenzgängern. Eine Spaltung, bei der es nicht nur um politische Rechte geht, sondern auch um soziale und wirtschaftliche Rechte, um handfeste Diskriminierungen. Eine Spaltung, die den Nährboden der Ausländerfeindlichkeit wässert und die die politische, soziale und wirtschaftliche Integration unterwandert. Eine Spaltung, die der gewerkschaftlichen solidarischen Interessenvertretung entgegen gesetzt ist.

Von der ADR abgespalten hat sich „Liberté-Fraiheet“. Obwohl diese Partei in allen vier Wahlbezirken antritt, haben wir entschieden, sie nicht in diesem Dossier zu berücksichtigen. Das Programm dieser (Rechts-)Libertären ist in der Tat schwer mit dem der anderen Parteien vergleichbar. Über weite Strecken liest es sich wie Stammtischtiraden oder Twitterposts. Der Staat soll möglichst weit abgebaut werden (bis auf Polizei und Justiz), die „Eigenverantwortung“ gestärkt werden. Dem entspricht, dass es bei Liberté-Fraiheet noch nicht mal eigene Kapitel zu Arbeitsrecht oder Sozialpolitik gibt, sondern „Soziales“ bloß unter „Armutsbekämpfung“ steht. Liberté-Fraiheet bietet letztlich nur Ultraliberalismus, das Zerschlagen unserer sozialen Sicherheit und der erkämpften Rechte des Saliariats, im populistischen Gewand.

# Index

Für den OGBL ist die Verteidigung des Index eine rote Linie. Weder gedeckelt, noch verzögert, noch manipuliert – das Indexsystem muss integral beibehalten werden.

Alle Parteien halten am allgemeinen Prinzip einer Indexierung der Löhne fest. Doch die differenziertere Analyse weist sowohl einige, zum Teil wichtige Unterschiede als auch Unsicherheiten bei der Interpretation einiger Parteiprogramme auf. Dabei überschreiten zwei Parteien eine rote Linie des OGBL: die Piraten und FOKUS, die die Indexmanipulation des „gedeckelten Index“ vorschlagen.

Bei der LSAP, bei déi Lénk und der ADR werden salaratsfeindliche Manipulationen des Index ausgeschlossen. Dies scheint auch bei déi Gréng der Fall zu sein: ihre Programmaussage hätte in diesem Sinn etwas deutlicher ausfallen können.

Am aktuellen Indexsystem will auch die DP festhalten. Sie spricht sich allerdings für die vom OGBL strikt abgelehnte Neutralisierung der Erdölprodukte im Warenkorb aus. Dass die DP eine solche Manipulation des Warenkorb an die Bedingung einer Einigung der Sozialpartner knüpft, sollte niemanden in Sicherheit wägen. In ihrem Wahlprogramm erwähnt die DP nämlich wiederholt ihr „erfolgreiches“ Tripartiteabkommen, das sie im März 2022 gegen die Ablehnung der führenden Gewerkschaft Luxemburgs skandalös durchboxte, und das den Index manipulierte. In diesem Zusammenhang sollte nicht vergessen werden, dass es der Widerstand des OGBL war, der dazu führte, dass die Herbsttripartite die Fortsetzung weiterer Manipulationen, wie sie bereits im März-Tripartiteabkommen vorgesehen waren, beendete und das aktuelle Indexsystem wieder einsetzte.

Positiv bei der CSV ist die Absage an einen gedeckelten Index. Positiv hätte auch die Aussage sein können, dass sie am aktu-

ellen Indexmechanismus festhalten will, wenn sie nicht im selben Atemzug diesen in Frage stellt, in dem sie bei „mehreren Indexranchen in einem Jahr“ die Tripartite für das Beschließen „geeigneter Maßnahmen“ einberufen will.

FOKUS vermischt die vom OGBL geforderte längst fällige strukturelle Erhöhung des Mindestlohns mit der gesetzlichen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation. Mit dem Resultat, dass sich diese Partei für einen gedeckelten Index ausspricht, der, um es noch einmal zu wiederholen, nicht der geeignete Weg ist, um eine gerechtere Lohnhierarchie herbeizuführen. Unter dem Strich wird die Indexpolitik von FOKUS den niedrigen Lohnschichten nichts bringen, sondern sie wird sogar auf Zeit den gesamten Indexmechanismus in Frage stellen.



© Domingos Oliveira

# Kollektivvertragswesen

Seit Jahren fordert der OGBL ein neues Kollektivvertragsgesetz aufgrund veränderten Bedingungen der luxemburgischen Betriebswelt und der zu niedrigen Kollektivvertragsdichte. Die im Koalitionsprogramm der Regierung 2018–2023 vorgesehene Diskussion über Reform des Gesetzes wurde nicht in Angriff genommen.

Darüber hinaus verlangt die europäische Richtlinie 2022/2041 vom 19. Oktober 2022 von jedem Mitgliedstaat, in dem der Deckungsgrad der Tarifverhandlungen unter einer Schwelle von 80% liegt (trifft auf Luxemburg zu),

einen Rahmen, der günstige Bedingungen für Tarifverhandlungen bietet, entweder in Form eines Gesetzes nach Anhörung der Sozialpartner oder in Form einer Vereinbarung mit den Sozialpartnern. Der Mitgliedstaat hat auch bis spätestens dem 15. November 2024 einen Aktionsplan zur Förderung von Tarifverhandlungen zu erstellen. Der Aktionsplan enthält einen klaren Zeitplan und konkrete Maßnahmen zur schrittweisen Erhöhung des Deckungsgrads von Tarifverhandlungen unter uneingeschränkter Wahrung der Autonomie der Sozialpartner.

## LSAP

Die LSAP schlägt vor, den Zugang zu bestimmten staatlichen Beihilfen an den Abschluss eines Betriebs- oder Branchentarifvertrags zu knüpfen.

Unternehmen, die in einer Branche tätig sind, für die es keinen verbindlichen Branchentarifvertrag gibt, und die zum ersten Mal einen individuellen Tarifvertrag abschließen, sollen befristete Steuervergünstigungen erhalten.

## DP

Die DP ist der Überzeugung, dass Entscheidungen über Arbeitsorganisation verstärkt

auf Betriebsebene getroffen werden sollten, da Arbeitgeber und Arbeitnehmer die spezifischen Bedürfnisse ihres Unternehmens am besten kennen.

Die DP wird deshalb die Personaldelegationen stärken und die Verhandlungsmöglichkeiten auf betrieblicher Ebene fördern und im Gegenzug allzu starre Regeln des Arbeitsrechts prüfen.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen das Kollektivvertragswesen und den Sozialdialog stärken. Viele Herausforderungen der Arbeitswelt können am besten auf Ebene der Branchen oder einzelner Betriebe durch die Sozial-

partner angegangen werden. Deswegen sollen die Sozialpartner unterstützt werden, neue Verträge abzuschließen.

## CSV

Die CSV will die gesetzlichen Bestimmungen zu Tarifverträgen überarbeiten. So will sie flexible Arbeitsmodelle ermöglichen und bessere Arbeitsbedingungen erreichen.

Die CSV betont, dass sie voll und ganz hinter der gewerkschaftlichen Freiheit steht und will im Geist des Gehälterabkommens auch in Zukunft regelmäßige und kontinuierliche Gehälterverhandlungen mit der CGFP führen.



## DÉI LÉNK

Déi Lénk will den Anteil der Beschäftigten, die unter einen Tarifvertrag fallen, durch eine Reform des gesetzlichen Rahmens für Tarifverhandlungen erhöhen. Diese Reform soll auf die Förderung von Branchenvereinbarungen und die Stärkung des Streikrechts der Beschäftigten abzielen.

## ADR

Die ADR unterstreicht, dass sie für die freie Marktwirtschaft eintritt. Arbeitsverträge sollen in erster Linie zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber verhandelt werden. Dabei soll das Prinzip des Kollektivvertrags, ob auf Betriebs- oder Sektorebene aber Priorität haben. In diesem Sinn soll das Kollektivvertragsgesetz verbessert werden, damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf Augenhöhe verhandeln. Die Position der Gewerkschaften soll aber auch gestärkt werden. Da viele Arbeitnehmer auch in Zukunft nicht unter einen Kollektivvertrag fallen, muss der Staat weitere Rahmenbedingungen vorgeben.

## PIRATEN

Mit 53% der Arbeitnehmer, die von einem Tarifvertrag profitieren, liegt Luxemburg weit von den 80% entfernt, die die EU anstrebt. Die Piratenpartei ist der Meinung, dass mehr Arbeitnehmer von den Vorteilen eines Tarifvertrags profitieren sollten. Deshalb will sie sich dafür einsetzen, dass mehr Branchenverträge abgeschlossen werden.

## FOKUS

Die Partei nimmt in ihrem Programm keine Stellung zu diesem Thema.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Außer den Piraten nimmt keine einzige Partei explizit Referenz auf diese europäische Direktive, obwohl der von ihr vorgeschriebene Zeitplan in das erste Jahr der neuen Regierung fällt.

Weder die LSAP noch DP sehen in ihrem Parteiprogramm eine Reform des Gesetzes vor.

Die LSAP sieht die Förderung des Kollektivvertragwesens in Form finanzieller Unterstützung durch den Staat.

Der OGBL begrüsst aber, dass die LSAP seine Idee aufgegriffen hat, verschiedene öffentliche Hilfen an die Existenz eines

Kollektivvertrags zu binden.

Déi Lénk sprechen sich für die Reform des Gesetzes aus, um den Deckungsgrad des Kollektivvertragwesens zu erhöhen. Neben der Förderung sektorieller Verträge soll ebenfalls das Streikrecht gestärkt werden (siehe auch LSAP zum Streikrecht). Auch die ADR will das Kollektivvertragsgesetz reformieren, um die Gewerkschaftsseite bei den Verhandlungen zu stärken.

Die CSV gibt zwar vor, die gesetzlichen Bestimmungen überarbeiten zu wollen. Dies allerdings nur mit Blick auf „flexible Arbeitsmodelle“. Das Hauptanliegen der obengenannten europäischen Direktive, nämlich die Förderung des Kollektivvertragwesens zwecks höherem Deckungsgrad taucht in ihrem Programm nicht auf. Die CSV offenbart eher eine begrenzte Sichtweise der „gewerkschaftlichen Freiheit“, wenn sie für den öffentlichen Dienst

diese nur der CGFP gewährt und dem OGBL den Verhandlungstisch verbieten will.

Die Vorschläge der déi Gréng bleiben vage, da sie keine konkreten Maßnahmen benennen, wie sie das von ihnen vorgegebene positive Ziel der Stärkung des Kollektivvertragwesens erreichen wollen.

Die DP erwähnt das Kollektivvertragswesen nicht. Schlimmer noch: ihre Vorschläge, das Arbeitsrecht zu lockern und entsprechend den Verhandlungsspielraum nur über die Personaldelegationen auf der betrieblichen Ebene zu erweitern, lässt die Verhandlungskompetenz der national repräsentativen Gewerkschaften außen vor. Ein Vorhaben, das in erster Linie den Interessen der Arbeitgeber auf Kosten der Arbeitnehmer dienen würde.



# Mindestlohn

Der OGBL fordert eine strukturelle Erhöhung des Bruttomindestlohns um 10%, um dem steigenden Armutsrisiko entgegen zu wirken und die europäische Zielvorgabe von 60% des Medianlohns zu erreichen.

## LSAP

Die LSAP will den sozialen Mindestlohn zum 1. Juli 2024 um 100€ netto erhöhen, um zu verhindern, dass Luxemburg die europäischen Empfehlungen in Bezug auf den sozialen Mindestlohn (60% des mittleren Bruttolohns oder 50% des Bruttolohns) nicht erreicht. Sie will weiterhin eine strukturelle Anpassung des Mindestlohns an die wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten. Der Mindestlohn soll von der gesamten Einkommensteuer befreit werden.

## DP

Die DP steht zu der vorgesehenen gesetzlichen Anpassung des Mindestlohns. Die DP will auch in Zukunft verstärkt auf Leistungen und sozial angepasste Steuerkredite zugunsten der Niedrigverdiener setzen, die nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe, gehen würden.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen den Mindestlohn regelmäßig an die Preis- und Lohnentwicklung anpassen und zusätzlich über entsprechende steuerliche Maßnahmen (wie z.B. dem „Crédit d'impôt salaire social minimum“) Menschen mit niedrigem Einkommen unterstützen und sicherstellen, dass niemand trotz Arbeit von Armut bedroht ist und weniger als das Referenzbudget zur Verfügung hat.

## CSV

Die CSV will einen degressiven Steuerkredit für Mindestlohnbezieher einführen und die regelmäßige Erhöhung des sozialen Mindestlohns entsprechend der Lohnentwicklung und der Lebenshaltungskosten beibehalten.

## DÉI LÉNK

Déi Lénk will die Niedriglöhne erhöhen,

indem wir den sozialen Mindestlohn auf 60% des Medianlohns festlegen, wie vom Europäischen Gewerkschaftsbund gefordert und in der neuen europäischen Mindestlohnrichtlinie empfohlen. Der Mindestlohn soll daher sofort um rund 300€ erhöht werden. Der Übergang zum qualifizierten Mindestlohn nach 10 Berufsjahren soll gewährleistet werden.

## ADR

Im Dialog mit den Gewerkschaften und Arbeitgebern will die ADR den Mindestlohn anheben und gleichzeitig fiskalische Maßnahmen für die Niedriglöhne ergreifen (über den Steuerkredit), sodass der neue Netto-Mindestlohn über der Armuts-grenze liegt. Der Mindestlohn soll steuerfrei sein.

## PIRATEN

Für die Piraten beginnt ein gerechter Lohn mit einem Mindestlohn, der die Menschen über der Armuts-grenze hält. Um dies zu erreichen und gleichzeitig den Arbeitgebern keine weiteren Kosten aufzubürden, sind die Piraten der Meinung, dass der Mindestlohn (sowohl der qualifizierte als auch der nichtqualifizierte) steuerfrei sein muss.

## FOKUS

Die Erhöhung des Mindestlohns und alle davon abhängigen tarifvertraglichen Bestimmungen sollten für FOKUS beibehalten werden. Der Mindestlohn sollte komplett steuerfrei sein.

Grundlage bezieht. Diffus auch der Ansatz der Piraten, weil u.a. auch hier die Aussage fehlt, dass zumindest die allgemeine Lohnentwicklung als Referenz für die gesetzliche Anpassung des Mindestlohns bestehen bleibt.

Zwei Parteien, die LSAP und déi Lénk, wollen darüber hinaus den Mindestlohn gemäß der Empfehlung der europäischen Richtlinie nach oben anpassen (60% des Bruttomedianlohns oder 50% des Bruttodurchschnittslohns). Allerdings scheint es sich bei der LSAP doch eher um einen Steuerkredit zu handeln (die Betonung liegt auf „netto“) und nicht um eine reale strukturelle Erhöhung des Bruttolohns wie sie der OGBL (zusätzlich zur periodischen Anpassung an die allgemeine Lohnentwicklung) fordert, auch wenn zugleich auch von „strukturellen“ Anpassungen an die wirtschaftliche Entwicklung die Rede ist.

Was die Besteuerung anbelangt, sehen die LSAP, FOKUS und die Piraten die totale Steuerbefreiung beim Mindestlohn vor. Die diesbezügliche Aussage der ADR ist nicht viel wert, weil sie sich dadurch relativiert, dass sie dies „überprüfen“ will und „wenn möglich“ umsetzen will.

Die DP und die CSV stellen ohne konkrete Höhenangabe Steuerkredite in Aussicht, im Gegensatz zu déi Gréng, die, für ihre steuerlichen Maßnahmen das sogenannte Referenzbudget als Richtlinie angibt. Dies gilt auch für die ADR.

Einen wichtigen Punkt greifen déi Lénk auf: der Übergang zu einem qualifizierten Mindestlohn nach zehn Jahren in einem Beruf muss garantiert werden.

Interessant ist ebenfalls der Hinweis von FOKUS auf die kollektivvertraglichen Zusammenhänge mit dem gesetzlichen Mindestlohn.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Der OGBL begrüßt es, dass fast alle Parteien den gesetzlichen Mindestlohn sowohl an die Preis- als auch die allgemeine Lohnentwicklung anpassen wollen. Fast, weil die Aussage der ADR sehr vage bleibt und sich nicht auf die aktuelle gesetzliche

# Gesetzliche Arbeitszeitverkürzung

Der OGBL spricht für eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung aus. Die konkrete Umsetzung der Verkürzung auf Betriebs- und Sektorebene ist dann tarifvertraglich zu regeln. Flexiblere Arbeitszeitmodelle, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen, dürfen ausschliesslich über Kollektivvertrag eingeführt werden. Daneben fordert der OGBL die 6. bezahlte Urlaubswoche.

## Einführung der gesetzlichen 6. Urlaubswoche

### LSAP

Die LSAP tritt für die Erhöhung des bezahlten Jahresurlaubs im Privatsektor auf 6 Wochen, also von 26 auf 30 Urlaubstage, ein.

### DÉI LÉNK

Déi Lénk schlägt eine kurzfristige Arbeitszeitverkürzung durch Einführung einer sechsten Urlaubswoche ab 2024 für alle Arbeitnehmer vor.

Keine der anderen Parteien schlägt eine Erhöhung des gesetzlichen Urlaubs vor. Nicht einmal einen einzigen Urlaubstag mehr!

## Gesetzliche Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich

### LSAP

Die LSAP befürwortet eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38 Stunden ohne Gehaltseinbußen. Sie plant die Durchführung von Pilotprojekten zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Branchen. Im Anschluss an diese Pilotprojekte sieht sie vor, ggfs. ein Rahmen- und Subventionsprogramm einzurichten, um Unternehmen bei der erfolgreichen Umstellung auf eine kürzere Arbeitszeit zu unterstützen.

### DP

Die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie über die Chancen und Gefahren einer allgemeinen Arbeitszeitreduzierung hat für die DP klar aufgezeigt, dass es

unter den aktuellen Gegebenheiten mehr mögliche Gefahren durch eine Arbeitszeitverkürzung als erwiesene Chancen einer solchen gibt. Die DP will sich einer Diskussion über moderne Arbeitszeitmodelle keineswegs verschließen und ist gewillt, Unternehmen dabei zu unterstützen, auf freiwilliger Basis Arbeitszeitverkürzungen testweise auszuprobieren.

### CSV

Betrieblich vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen steht die CSV offen gegenüber. Eine allgemeine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung lehnt sie ab.

### DÉI LÉNK

Déi Lénk hat vor, die 32-Stunden-Woche ohne Gehaltseinbußen bis 2030 umzusetzen, indem zunächst ein Rahmengesetz kommen soll, das eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung vorsieht und während einer Übergangszeit durch Tarifverträge in verschiedenen Sektoren zu Arbeitszeitverkürzungen fördert, um den spezifischen Bedürfnissen der Arbeitnehmer gerecht zu werden. Die maximale wöchentliche Arbeitszeit soll im Zuge der Arbeitszeitverkürzungen reduziert und im Jahr 2030 auf 40 Stunden begrenzt werden. In der Übergangsphase soll ein Hilfspaket für kleine und mittlere Unternehmen vorgesehen werden. Der Einsatz von Überstunden soll dadurch eingeschränkt werden, dass sie vollständig beitragspflichtig und steuerpflichtig sind.

### ADR

Der ADR wendet sich gegen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

### FOKUS

FOKUS steht einer strukturellen allgemeinen Arbeitszeitverkürzung skeptisch gegenüber, da sie keine Probleme löse, sondern viele neue schaffe. FOKUS ist jedoch dafür, wo immer dies sinnvoll, hilfreich und gesellschaftlich produktiv ist, Arbeits-

zeitreduktionen herbeizuführen und eine Gegenfinanzierung zu erschliessen.

## → ANMERKUNG DES OGBL

In der Frage der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich trennen die Parteien Welten. Die LSAP und déi Lénk ziehen in dieselbe Richtung wie der OGBL.

Die LSAP und déi Lénk sprechen sich sowohl für die gesetzliche Einführung der bezahlten 6. Urlaubswoche als auch für die allgemeine gesetzliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich aus. Beide Parteien sehen dabei Pilotprojekte bzw. Übergangszeiten mit staatliche Unterstützungsleistungen vor.

Demgegenüber lehnen die DP, die CSV und die ADR sowohl die gesetzliche 6. Urlaubswoche als auch die gesetzliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit ab.

Während die DP bestenfalls staatliche Unterstützung für Unternehmen bei „freiwilligen“, „testweisen“ Arbeitszeitverkürzungen ansagt, schlägt die CSV das vor, was bereits heute gesetzlich möglich ist und vom OGBL in einigen Kollektivverträgen ausgehandelt wurde, nämlich „betrieblich vereinbarte“ Arbeitszeitverkürzungen. Zu diesem ablehnenden Parteienblock ist aufgrund seiner programmatischen Aussagen auch FOKUS zuzurechnen.

Déi Gréng und die Piraten machen keine Aussage zu diesem wichtigen Themenblock der Arbeitswelt.

# Allgemeine Arbeitszeitorganisation

## DP

Für die DP haben einige arbeitsrechtliche Instrumente ihren gewünschten Zweck nicht erfüllt, führen zu einem hohen administrativen Aufwand, bleiben wirkungslos oder sind nicht im Interesse der Beschäftigten, wie die starren und unflexiblen Arbeitszeitregeln. Die DP betont, dass sie eine „familienfreundliche“ Flexibilisierung der Arbeitszeit anstrebt, indem die aktuellen, starren Regelungen auflösen und eine Jahresarbeitszeit eingeführt wird (z.B. 1.800 Stunden).

Dabei soll der Arbeitnehmerschutz, zum Beispiel in Form von weiterhin geltenden Höchstarbeitszeiten pro Tag und Woche gewährleistet werden. Da dies gegen die europäische Arbeitszeitrichtlinie verstößt, will die DP diese reformieren.

Arbeitszeiten sollen in Zukunft individuell zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausgehandelt werden können, ohne unnötig von einem unflexiblen Arbeitsrecht eingeengt zu werden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die das nicht wollen, sollen sich aber weiter auf die bestehende Regelung berufen können.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen den Sozialpartnern den Freiraum für neue Arbeitszeitmodelle überlassen und das Arbeitszeitgesetz von 2016 im Dialog mit den Sozialpartnern evaluieren und überarbeiten, damit diese eine „ausgewogene Flexibilisierung“ im Interesse der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer ermitteln.

Darüberhinaus wollen sie Unternehmen, die neue Arbeitszeitmodelle testen wollen, unterstützen und begleiten.

## CSV

Die CSV will die Organisation der Arbeitszeit neu gestalten – im Dialog mit den Sozialpartnern.

## ADR

Die ADR unterstützt alle Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Diese Flexibilität muss im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und in Absprache mit den Gewerkschaften festgelegt werden. Die Flexibilität der Arbeitszeit, die 40-Stun-

den-Woche auf mehrere Monate zu verteilen, müsse für Arbeitgeber und Arbeitnehmer Vorteile bringen und kann nur zwischen ihnen vereinbart werden.

## PIRATEN

Die Piraten wollen flexible Arbeitsmodelle fördern, in Form gleitender Arbeitszeit und einjähriger Referenzperioden. Die Arbeitszeit darf den gesetzlichen Rahmen von 48 Stunden/Woche allerdings nicht überschreiten. Hier sind auch die Sozialpartner einzubeziehen, um die anzuwendende Referenzperiode mit den Unternehmen auszuarbeiten.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Die LSAP und déi Lénk sagen zu diesem Thema nichts grundsätzliches. Es ist also davon auszugehen, dass sie neben ihren Vorschlägen zur Arbeitszeitverkürzung und ihrer Gestaltung am Gesetz über die Arbeitszeiten von 2016 festhalten.

Die DP hat noch immer dieses Gesetz über die Arbeitszeiten anscheinend nicht verdaut, als der OGBL die vom Patronat weitreichende negative Flexibilisierung der Arbeitszeiten gegen die Interessen der Arbeitnehmer Luxemburgs erfolgreich verhinderte. Die DP verspricht dem Patronat einen neuen Anlauf zu nehmen, indem die „aktuell starren Regelungen“ aufgelöst und eine totale Flexibilisierung der Arbeitszeit in Form Referenzperiode von einem Jahr (*sic!*) eingeführt werden soll. Dass dieser salariatsfeindliche Angriff auf die Arbeitszeiten sogar gegen die europäische Arbeitszeitrichtlinie verstößt, scheint die DP nicht sonderlich zu stören: „Wir werden daher eine Reform der aktuellen europäischen Arbeitszeitrichtlinie anstreben“. Nicht weniger als das!

Die DP vorenthält dem Wähler, dass das Gesetz von 2016 den Sozialpartnern auf der Ebene der Kollektivverträge ermöglicht, eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten vorzunehmen! Auch dies geschieht bewusst, weil die DP in ihrem Wahlprogramm das Kollektivvertragswesen nicht nur ignoriert, sondern die Verhandlungskompetenz der Gewerkschaften insgesamt in Frage stellt (siehe Kapitel zum Kollektivvertragswesen).

In diesem Sinne driftet die DP vollends in die neoliberale Tellerwäscher-Ideologie ab, indem sie das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer märchenhaft so darstellt, als würden sich beide auf

gleicher Augenhöhe befinden: „Arbeitszeiten sollen in Zukunft individuell zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ausgehandelt werden können, ohne unnötig von einem unflexiblen Arbeitsrecht eingeengt zu werden.“ Arbeitnehmer, die das nicht wollen, können sich der DP nach „weiter auf die bestehende Regelung berufen“. Meint die DP damit, ihre angestrebte gesetzliche Totalflexibilisierung in Form der Jahresarbeitszeit?

Fazit: Selten hat eine Partei es gewagt, den Wählern einen solchen Angriff auf die Arbeitszeitinteressen des Saliariats vorzuschlagen. Die Antwort des OGBL: 1. Ein No-go für den OGBL. Die DP überschreitet eine dunkelrote Linie! 2. Der OGBL stellt noch einmal klar, dass das Arbeitsrecht in Sachen Arbeitszeit die vorrangige Aufgabe hat, die Arbeitnehmer vor exzessiven Arbeitszeiten aller Art zu schützen, was nicht verhindert, dass das Arbeitsrecht in einem bestimmten Maß und Rahmen Spielräume eröffnet, um über den Weg der Kollektivverträge abweichende Arbeitszeitorganisationen in Betrieben bzw. Betriebsbereichen festzulegen, abzusichern und unter Kontrolle zu halten.

Déi Gréng unterstreichen im Gegensatz zur DP die Verhandlungskompetenz der Sozialpartner für die Gestaltung neuer Arbeitszeitmodelle und betonen, dass eine



„ausgewogene Flexibilisierung“ nur über diesen Weg zu erreichen ist.

Die CSV deutet an, ohne eine weitere inhaltliche Standortbestimmung anzugeben, die Arbeitszeitgesetzgebung „im Dialog mit den Sozialpartnern neugestalten“ zu wollen. Der wichtige Zusammenhang zwischen Arbeitszeitgesetz und dem Kollektivvertragswesen wird allerdings nicht erwähnt.

Die Position der ADR ist verwirrend und undurchsichtig. Es fehlen die klaren Definitionen, um herausfinden zu können, was eigentlich gemeint ist. Wenn mit der „Verhandlung zwischen den Sozialpartnern“ das Kollektivvertragswesen gemeint sein sollte, was bedeuten dann 1. die Aussage „Übereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach Absprache mit der Gewerkschaft“ und 2. die, dass eine „Verteilung der Arbeitszeit über Monate nur zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer geregelt werden kann“? Ja, was denn jetzt?

Die Piraten machen eine Leeraussage. Das Gesetz von 2016 erlaubt nämlich längere Referenzperioden über den Weg der Kollektivverträge. Sollten die Piraten, mit dem „Einbinden der Sozialpartner“ nicht den Kollektivvertrag meinen, dann würden sie eine Verschlechterung des Gesetzes vorschlagen.

## Sonntagsarbeit & Öffnungszeiten

### LSAP

Die LSAP tritt gegen die Sonntagsarbeit ein. Ausnahmen von der allgemeinen Regel sollen nur möglich sein, soweit sie tarifvertraglich ausgehandelt werden, und den Arbeitnehmern Vorteile gegenüber bestehenden gesetzlichen Regelungen gewähren.

### DP

Die DP setzt sich für eine Reform der Sonntagsarbeitszeit ein. Zusätzlich zur Liberalisierung der Öffnungszeiten will die DP es jedem Arbeitnehmer ermöglichen, sonntags bis zu acht Stunden zu arbeiten. Die DP will die Öffnungszeiten im Einzelhandel liberalisieren und eine generelle Sonntagsöffnung ermöglichen, ohne dass diese über eine Ausnahmeregel angefragt werden muss.

### CSV

Die CSV will eine Debatte über längere Öffnungszeiten anregen. Eine solche sei überfällig.

## DÉI LÉNK

Déi Lénk will angemessene gesetzliche Öffnungszeiten beibehalten, um die Vereinbarkeit des Familienlebens für die im Unternehmen tätigen Personen zu gewährleisten.

### ADR

Für die ADR soll Sonntagsarbeit die Ausnahme bleiben und nur dort geben, wo dies nötig ist. Abgesehen vom Sonntag vertritt die ADR allerdings die Position, dass Unternehmen größtmögliche Flexibilität bei angemessener Vergütung ihrer Mitarbeiter haben sollten.

### PIRATEN

Die Piraten setzen auf Flexibilität durch einen Branchentarifvertrag für den Sektor Handel. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Sonntagsarbeit stets streng im Sinne des Arbeitnehmerschutzes erfolgt.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Die LSAP trifft die Linie des OGBL vollkommen. Die Stoßrichtung bei déi Lénk stimmt ebenfalls. Auch bei den Piraten, die sich zwar für eine, wie sie es nennen, „Flexibilisierung“ der Sonntagsarbeit stark machen, will sie jedoch einen Branchentarifvertrag im Handel zum Schutz der Arbeitnehmerinteressen binden.

Die DP, eine Partei, die ständig und stets ihre „Familienfreundlichkeit“ in den Vordergrund stellt, tritt mit ihrer Liberalisierungsabsicht der Sonntagsarbeit die Freizeit- und Familieninteressen aller, die im Handel arbeiten, und die nicht wie andere von Telearbeit bzw. einer auf die Wochentage begrenzte Arbeit nachgehen, mit Füßen. Inakzeptabel für den OGBL. Ebenfalls eine rote Linie.

Die von der CSV angekündigte Debatte über längere Öffnungszeiten lässt für die betroffenen Arbeitnehmer ebenfalls nichts Gutes erahnen. Der OGBL ist gegen verlängerte Öffnungszeiten. Die Vorbedingungen für eine solche sind zurzeit nicht vorhanden (u.a. die allgemeine Ausweitung des Kollektivvertragswesens im Handel, insbesondere im Einzelhandel). Letztere Anmerkung trifft auch in Bezug auf die Position der ADR zu.





## Telearbeit & Recht auf Nichterreichbarkeit

### LSAP

Die LSAP betont, dass das Recht auf Nichterreichbarkeit und die Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern zur Telearbeit strikt respektiert werden müssen.

### DP

Die DP will das Recht auf Nichterreichbarkeit stärken. In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern will sie sich dafür einsetzen, dass dieses Recht in allen Bereichen respektiert wird.

### DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen das Recht auf Nichterreichbarkeit auf Basis der Vorschläge der Sozialpartner schnell umsetzen.

Dort wo es die Art der Tätigkeit zulässt, treten sie mindestens 2 Tage Homeoffice für alle Beschäftigten unabhängig davon, ob sie in der Grenzregion oder in Luxemburg wohnen, ermöglichen. Hierzu müssen entsprechende Abkommen mit den Nachbarstaaten getroffen werden.

### CSV

Die CSV will einen klaren und verlässlichen rechtlichen Rahmen für Telearbeit ausarbeiten.

### ADR

Für den ADR braucht es eine Gesetzgebung

zur Telearbeit, die alle notwendigen Rechte und Pflichten sowohl des Arbeitnehmers als auch des Arbeitgebers regelt, um Missbräuche auf beiden Seiten zu verhindern. Das Prinzip des gegenseitigen Einverständnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt werden, in Absprache mit den Gewerkschaften, soll hierin verankert werden. Telearbeit soll weder ein Recht, noch eine Pflicht sein; jedoch soll über eine Prämie nachgedacht werden, für Arbeitnehmer, deren Arbeit Telearbeit nicht erlaubt. Die ADR unterstreicht des Weiteren, dass das neue Gesetz zum Recht auf Nichterreichbarkeit viele Vorteile mit sich bringe, es würde aber grundsätzlich nur Unternehmen mit Personaldelegation bzw. mit Tarifvertrag betreffen und müsse also erweitert werden.

### PIRATEN

Neben dem Recht auf Abschalten, wollen die Piraten die Telearbeit durch Steuererleichterungen sowohl für Betriebe als auch für die Arbeitnehmer die im Home Office arbeiten, fördern. Arbeitnehmer, die keine Telearbeit leisten können, sollen von einer Erhöhung der Kilometerpauschale auf 115€ profitieren.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Zur Telearbeit und dem Recht auf Abschalten sagen die Parteien wenig grundsätzliches, da in der vergangenen Legislaturperiode diese beiden Themen bereits durch Vereinbarungen zwischen den Ge-

werkschaften und der UEL geregelt wurden. Der OGBL sieht Begünstigten entweder für Telearbeit, wie ADR und Piraten sie vorschlagen, eher skeptisch, da hier eine Kategorie von Arbeitnehmern gegen eine andere ausgespielt wird. Arbeit im Home Office sollte so behandelt werden wie Arbeit im Betrieb. Von Steuervergünstigungen für Betriebe, die Telearbeit ermöglichen, hält der OGBL gar nichts, sie wären im übrigen nur für einen Teil der Wirtschaftssektoren verfügbar.

Die Parteien unterliegen im Allgemeinen dem Missverständnis, dass ein Recht auf Nichterreichbarkeit eingeführt wurde oder einzuführen wäre. Man muss davon ausgehen, dass der Arbeitgeber an sich kein Recht hat, den Arbeitnehmer ausserhalb seiner Arbeitszeit zu belangen. Die Vereinbarung, die jetzt in ein Gesetz geflossen ist, will gerade das Einhalten des Rechts des Arbeitnehmers auf Nichterreichbarkeit ausserhalb der Arbeitszeit in allen Betrieben umsetzen. Dies soll nun in den nächsten drei Jahren über Betriebsvereinbarungen oder Kollektivverträge umgesetzt werden. Die ADR liegt übrigens daneben, wenn sie glaubt, dass dies nur Betriebe mit Personaldelegationen oder die unter Tarifverträge fallen, gilt. Das Gesetz sieht im Gegenteil vor, dass jeder Betrieb das Recht auf Nichterreichbarkeit zu respektieren hat.

# Fort- & Weiterbildung

Für den OGBL ist die berufliche Weiterbildung ein Schlüsselement zur Anpassung der Arbeitnehmer an die ökologische als auch an die digitale Transformation. Die Angebote müssen in diesem Zusammenhang ausgebaut und prospektiv angepasst werden; vor allem müssen die Rechte der Arbeitnehmer gestärkt werden, und ein reales Recht auf Weiterbildung eingeführt werden.



## LSAP

Die LSAP spricht sich für eine Erweiterung des Angebots an Fort- und Weiterbildung aus, um die Arbeitnehmer auf die Anwendung neuer Technologien vorzubereiten. Die Unternehmen sollen hierzu ermutigt werden, an solchen Programmen teilzunehmen, damit die Beschäftigungsfähigkeit ihrer Arbeitnehmer erhalten bleibt.

## DP

Die DP erinnert an den von der Tripartite eingesetzten "Skillsdësch" und will die Schlussfolgerungen der diesbezüglich durchgeführten OECD-Studie umsetzen [diese gehen teilweise in Richtung der Forderungen des OGBL, so etwa die Einrichtung eines nationalen Gremiums mit Tripartitecharakter zur strategischen Orientierung und Qualitätskontrolle der Fort- und Weiterbildung]. Darüber hinaus will die DP die staatliche Kofinanzierung der Weiterbildung erhöhen, insbesondere in Richtung Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Auch soll die Einführung von Weiterbildungsgutscheinen nach niederländischem Modell geprüft werden. Das Kompetenzzentrum der Universität soll ausgebaut werden.

## DÉI GRÉNG

Für déi Gréng steht vor allem die Anpassung an grünere und nachhaltigere Arbeitsplätze im Vordergrund. Dementsprechend sollen die Weiterbildungsangebote angepasst und eine „Luxembourg energy transition school“ geschaffen werden. Eine nationale Qualifizierungs- und Fortbildungsstrategie soll eingeführt werden und von einem zum „Skillsrot“ erweiterten „Skillsdësch“ begleitet werden (die Zusammensetzung wird nicht erläutert). Des Weiteren sollen Programme zur Anpassung an eine digitalere und grünere Wirtschaft, insbesondere für besonders gefährdete Arbeitnehmer, gestartet werden. Hier sollen finanzielle Anreize ange-

passt werden und eine Anrechnung für die Rente über das Alter von 27 Jahren hinaus vorgesehen werden. Schließlich soll eine Lohnersatzleistung durch die ADEM vorgesehen werden, um berufliche Neuorientierungen, die eine zusätzliche Qualifizierung erfordern, ermöglichen.

## CSV

Die CSV sieht eine nationale Strategie für „Kompetenzen und Beratung“ vor. Die Weiterbildung soll massiv ausgebaut, die Angebote in Zusammenarbeit mit u.a. Berufskammern und Patronatsverbänden (Gewerkschaften werden nicht erwähnt) an Digitalisierung und neue Arbeitsplätze angepasst werden, sowie „passgenaue“ Maßnahmen in Unternehmen gezielt gefördert werden. Private Unternehmen sollen finanziell entschädigt werden, falls der betroffene Arbeitnehmer danach eine Stelle im öffentlichen Dienst annimmt. Auch die Vermarktung von Weiterbildungsangeboten soll stärker gefördert werden.

## DÉI LÉNK

Déi Lénk sieht die Einführung eines Zeitkontos für lebenslange Aus- und Weiterbildung vor. Daneben sollen die Bildungsangebote an die technologischen Änderungen angepasst werden.

## ADR

Für die ADR ist Fort- und Weiterbildung lediglich im Kontext der Arbeitslosigkeit ein Thema. Hier sollen Betriebe und ADEM näher beieinander kommen. Die ADEM soll auch Ausbildungen, die länger dauern finanzieren, wie die „Ecole de la 2<sup>e</sup> chance“, Informatikkurse und Ausbildung für Pflegekräfte. Ansonsten soll es spezifische Angebote für Arbeitsuchende ab 45 Jahren geben.

## PIRATEN

Die Piraten wollen, dass Umschulungen bei „systemrelevanten Berufen“ integral von der ADEM finanziert werden; ansonsten ist Fort- und Weiterbildung kein Thema.

## FOKUS

Bei FOKUS kommt die Fort- und Weiterbildung weiter nicht vor (außer bei der Polizei), allerdings soll der vorgesehene „biergerlechen Dängscht“ (Zivildienst) von 9 Monaten als „logische Konsequenz“ der Ausbildung gelten und mit einem Diplom begutachtet werden.

LSAP, DP, Gréng und CSV sehen auch einen spezifischen Ausbau der Weiterbildung für verschiedene Berufsbilder und Sektoren vor, auf die wir hier aus Platzmangel nicht eingehen können.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Insgesamt ist festzustellen, dass zumindest für die großen Parteien der Ausbau der Weiterbildung ein wichtiges Thema ist, gerade auch im Zusammenhang mit dem digitalen und ökologischen Wandel. Zumindest die DP und evt. déi Gréng scheinen hier mit der Forderung des OGBL, dies durch ein neues Gremium mit Tripartitecharakter, zu begleiten, einzugehen.

Was allerdings völlig fehlt, ist ein Ausbau der Rechte der Arbeitnehmer. Ein „Recht auf Weiterbildung“ kommt bei keiner Partei vor, ebenso wenig ein Ausbau des in-

dividuellen Bildungsurlaubs. Lediglich déi Lénk, die ansonsten das Thema nur am Rande behandeln, sehen mit der Einführung von Zeitkonten diesbezüglich eine Verbesserung für die Arbeitnehmer vor, wobei die Details aber unklar bleiben.

Der OGBL hatte auch angeregt, Arbeitgeber, die keine Anstrengungen bei Aus- und Weiterbildung vornehmen, stärker zur Kasse zu beten, um die Finanzierung der beruflichen Weiterbildung zu verbessern. Dies wird von keiner Partei gefordert; im Gegenteil gehen insbesondere CSV und DP klar in Richtung einer stärkeren finanziellen Unterstützung der Unternehmen.

# Absicherung der Beschäftigung

Das Thema der beruflichen Weiterbildung steht eng in Zusammenhang mit der Schaffung neuer Berufsprofile wie auch der Absicherung bestehender Arbeitsplätze. Diesbezüglich fordert der OGBL eine Reform der Gesetzgebung zum Plan zum Beschäftigungserhalt und zum Sozialplan, wie auch eine Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmer bei Konkursen.

Insbesondere sollen obligatorisch in allen Unternehmen Sozialaudits in Zusammenarbeit mit der Personaldelegation aufgestellt werden, die notwendige Anpassungen in der Beschäftigungsstruktur, den Berufsprofilen und damit einhergehende Weiterbildungsmaßnahmen vorsehen sollen. Eine Reform des Sozialplans und des Plans zum Beschäftigungserhalt stand bereits im Koalitionsprogramm 2018, wurde allerdings, trotz zum Teil konstruktiver Diskussionen im Ständigen Ausschuss für Arbeit und Beschäftigung (CPTE) nicht mehr umgesetzt.

Für eine Reform von Sozialplänen und Plänen zum Beschäftigungserhalt sprechen sich LSAP (nach Fortführung der Diskussionen im CPTE), déi Gréng (eine Reform der Pläne zum Beschäftigungserhalt, die darauf hinauslaufen soll, Sozialpläne „um jeden Preis“ zu vermeiden) sowie die CSV aus.

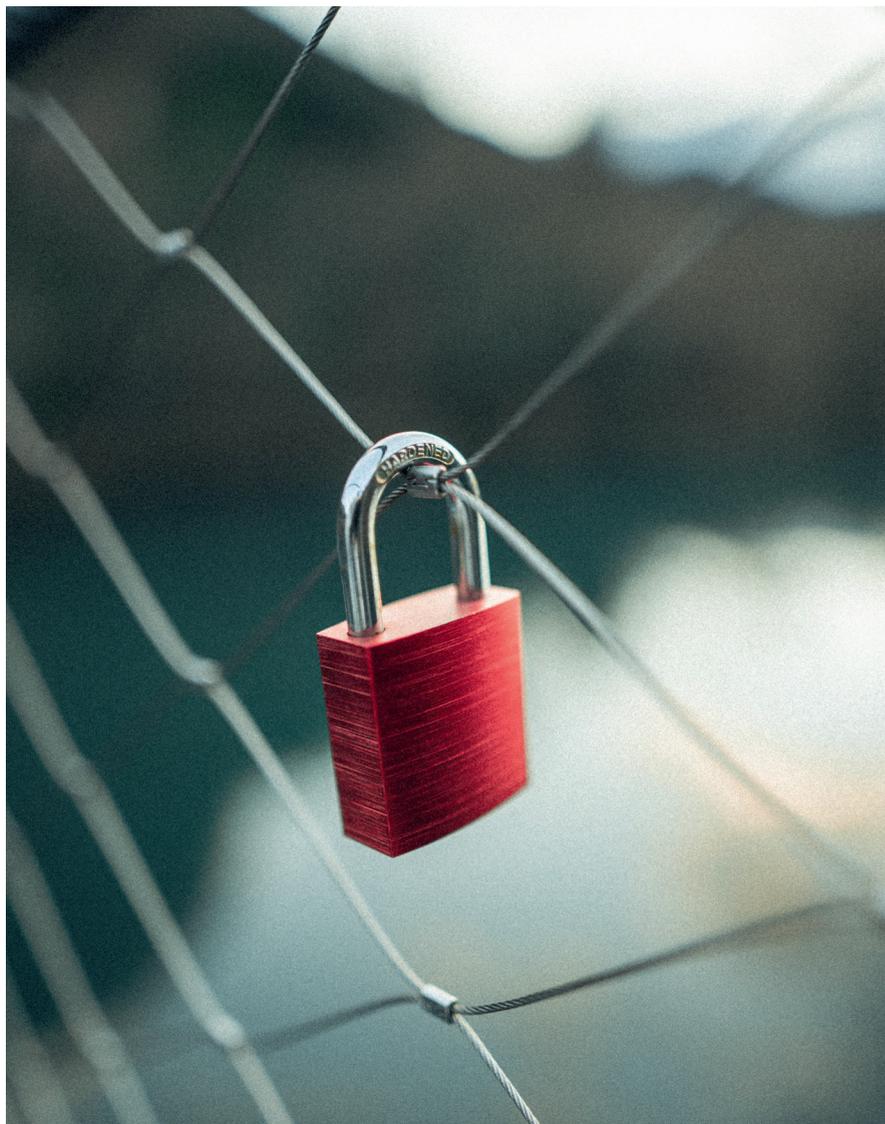
Déi Lénk fordert keine Reform, spricht sich aber für stärkere Kontrollmöglichkeiten seitens der Personaldelegationen bei der Umsetzung von Sozialplänen und Plänen zum Beschäftigungserhalt sowie bei kollektiven Entlassungen aus. Die Delegationen sollen, ebenso wie der einzelne Arbeitnehmer, das Recht erhalten, Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen in Betrieben, die Gewinn machen, anzufechten.

Für eine Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmer bei Konkursen treten LSAP und déi Lénk ein.

Die DP will eher das Recht der Unternehmer auf eine zweite Chance stärken, und geht nicht auf die Arbeitnehmer ein. Déi Gréng wollen die Reform des Konkursrechts abschließen, gehen aber ebenfalls nicht auf die Rechte der Arbeitnehmer ein.

Bei ADR, den Piraten und FOKUS kommt das Thema der Absicherung der Beschäftigung gar nicht vor.

Keine Partei hat das Konzept eines obligatorischen Sozialaudits in den Unternehmen aufgegriffen, obwohl dies zweifellos eine wichtige Maßnahme wäre, um Entlassungen zu verhindern und auf Betriebsebene die ökologische und digitale Transformation ohne sozialen Umbruch umzusetzen.



# Steuern

Der OGBL fordert eine sozial gerechtere Besteuerung: die Steuerbefreiung beim Mindestlohn (vor Anwendung von Steuerkrediten), eine Abflachung des „Mittelstandsbockels“ durch eine Verschiebung der Steuerprogression und weitere, höhere Steuersätze bei sehr hohen Einkommen.

## Anpassung der Steuertabelle an die Inflation

Die Forderung zum Einführen einer gesetzlich vorgeschriebenen automatischen Anpassung der Steuertabelle an die Inflation wurde bei der Steuerreform 2016 nicht zurückbehalten. Dies hat dazu geführt, dass seit diesem Datum die Haushalte achtmal (!) realen Steuererhöhungen („kalte Progression“) ausgesetzt wurden, die zu einem erheblichen Kaufkraftverlust führten. Auf Druck des OGBL hin wurde bei der letzten Tripartite beschlossen, die Steuertabelle ab dem 1.1.2024 um 2,5 Indextranchen anzupassen.

Es bleiben also noch 5,5 Indextranchen (14,55%), die noch in der Steuertabelle anzupassen sind, um den realen Kaufkraftverlust auszugleichen! Dies ist die Situation im September 2023. Heute ist nicht bekannt, wie viele Indextranchen es aufgrund der Inflation im Verlauf der kommenden Legislatur geben wird. Eines ist für den OGBL klar. Er wird nicht akzeptieren, dass für die Bürger und Bürgerinnen der Index weiterhin durch eine Steuertabelle verpufft, die nicht automatisch an die Inflation angepasst wird! Wir wollen keinen Index, der bei seinem Netto manipuliert wird! Die kalte Progression gehört abgeschafft!

### LSAP

Die LSAP will, dass die untere Schwelle der ersten Einkommensstufe jedes Mal angepasst wird, wenn eine Indextranche aufgelöst wird.

Die LSAP begrenzt die automatische Anpassung der Steuertabelle auf die Einstiegsstufe der Besteuerung. Die Forderung des OGBL für eine gesetzliche automatische Anpassung der gesamten Steuertabelle an die Inflation wird somit nicht zurückbehalten.

Was den Rückstand der obengenannten 5,5 Tranchen anbelangt, berücksichtigt die LSAP diese auf indirektem Weg in ihrem Vorschlag für die allgemeine Reform der Steuertabelle.

### DP

Um die Mitte der Gesellschaft vor den Auswirkungen der kalten Progression zu schützen, will die DP die Steuertabelle regelmäßig an die Inflation anpassen.

Eine interessante Aussage, nachdem die DP-Finanzministerin bislang nicht müde wurde (fälschlicherweise) zu behaupten, dass die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation in erster Linie den hohen Einkommen zugutekäme. Schwamm drüber. Der Vorschlag der DP seinerseits bleibt schwammig, weil er nicht präzisiert, was „regelmäßig“ zu bedeuten hat. Die DP täte gut daran, dies vor den Wahlen zu präzisieren: automatische Anpassung oder nicht. Im Moment sieht es eher nicht danach aus. Und was ist mit dem Rückstand der 5,5 Tranchen? Die scheinen für die DP keine Rolle mehr zu spielen.

### DÉI GRÉNG

Déi Gréng machen keine Aussage zu diesem wichtigen Thema.

### CSV

Die CSV will ihre Steuerreform mit einer integralen Inflationsbereinigung der Steuertabelle beginnen. Diese erfolgt in Etappen.

Die CSV scheint die 5,5 Indextranchen in der Steuertabelle anpassen zu wollen. Völlig unbeantwortet bleibt die Frage, was bei den zukünftigen Indextranchen passieren soll! Weil sie eine gesetzliche automatische Anpassung der Steuertabelle nicht erwähnt, muss man davon ausgehen, dass die CSV sie nicht will. Ein wichtiger Negativpunkt.

### DÉI LÉNK

Für déi Lénk muss die Steuertabelle wie-

der automatisch an die Inflation angepasst werden, um versteckte Steuererhöhungen zu verhindern.

Déi Lénk will also die Forderung des OGBL erfüllen. Sie macht allerdings ebenfalls keine Aussage zum Rückstand der 5,5 Tranchen.

### ADR

Die ADR ist gegen die versteckte Steuererhöhung, die die sogenannte „kalte Progression“ darstellt, deswegen müsse die Steuertabelle regelmäßig und automatisch an die Inflation angepasst werden. Hier gilt das gleiche wie bei déi Lénk.

### PIRATEN

Die Piraten werden sich für eine jährliche Indexierung der Steuertabelle einsetzen, allerdings soll dies auf die höchste Stufe der Tabelle gedeckelt werden. Dabei handelt es sich um eine Deckung der höchsten Tranche der Skala.

Die Piraten streben also ebenfalls eine automatische Anpassung der Steuertabelle an die Inflation an, mit einer geringen Abweichung bei hohen bis sehr hohen Einkommen. Auch hier keine Aussage zum Rückstand der 5,5 Tranchen.

### FOKUS

FOKUS tritt für eine reformierte Steuertabelle ein, die regelmäßig an die Inflation angepasst werden. Dies soll zu Beginn der Legislaturperiode beschlossen werden.

# Reform der Steuertabelle

## LSAP

Die LSAP will eine erhebliche Reduzierung der Steuerlast für Steuerzahler mit niedrigem und durchschnittlichem Einkommen. Dazu soll sich die Progressivität des Grundsatzes bei der Einkommensteuer in Richtung Spitze der Verteilung verschieben. Die LSAP möchte darüber hinaus, dass Einkünfte unterhalb oder gleich dem uneingeschränkten sozialen Mindestlohn nicht mehr der Einkommensteuer unterliegen. Für steuerpflichtige Einkünfte zwischen 26.067 und 48.837 Euro sollen sich die Sätze der jeweiligen Tarifstufen lediglich um 1 Prozentpunkt erhöhen. Umgekehrt soll der Satz der vier nachfolgenden Tranchen des geltenden Basisstarifs jeweils um zwei Prozentpunkte statt derzeit um einen Prozentpunkt steigen. Ein Satz von 40% für die Einkommensklasse zwischen 48.837 und 60.000 Euro. Für die Einkommensklasse zwischen 60.000 und 100.000 Euro beträgt der Satz 42%; 44% für die Einkommensklasse zwischen 100.000 und 180.000 Euro; 46% für die Einkommensklasse zwischen 180.000 und 300.000 Euro. Zwei zusätzliche Stufen von 48% und 49% sollen für Einkünfte über 300.000€ bzw. 500.000€ eingeführt werden.

Die Vorschläge der LSAP widerspiegeln im Wesentlichen die obengenannten Anliegen des OGBL. Es fehlt allerdings die Präzisierung zum Eingangssteuersatz bei den obengenannten 26.067€.

## DP

Im Rahmen der angestrebten Individualisierung will die DP sich weiter dafür einsetzen, Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten. Die DP lehnt eine weitere Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine generelle Anhebung der Einkommenssteuer ab.

Die DP liefert zu diesem zentralen Thema leider keine genaueren Angaben in ihrem Wahlprogramm: es bleibt bei einer allgemeinen Aussage für eine Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen. Deutlich ist allerdings die Absage der DP an die Forderung des OGBL, sehr hohe Einkommen stärker zu besteuern.

## CSV

Die CSV will den Eingangssteuersatz von

11.265 auf 15.000 Euro steuerbares Jahreseinkommen anheben; die Steuertranchen sollen auf 2.500 Euro verbreitert werden. Und eine zusätzliche Steuertranche von 43 Prozent für Einkommen ab 500.000 Euro Jahreseinkommen eingeführt werden.

Anders als die LSAP, die neben der Steuerbefreiung des Mindestlohns bei ihrem Reformmodell eine Verlangsamung der Steuerprogression über den Weg der Steuersätze bei den einzelnen Steuertranchen erreicht und so den „Mittelstandsbockel“ abflacht, tut dies die CSV über breitere Steuertranchen.

Der zusätzliche Steuersatz von 43% ab einer halben Million€ dient allerdings der Galerie. Denn auch die Steuerlasten ab einer halben Million€ Jahreseinkommen werden insgesamt erleichtert: aufgrund der Steuererleichterung, die die CSV in anderen Segmenten der Steuertabelle durchführen will. Hier wird etwas vorgegaukelt, was nicht ist.

Und genau hier liegt das Problem: Weil die CSV keine Steuererhöhung bei sehr hohen Einkommen vorsieht, fehlt die Gegenfinanzierung für die von der CSV vorgeschlagene Entlastung der niedrigen und vor allem der mittleren Einkommen. Ein Problem, das angesichts der anderen CSV-Vorschläge im Steuerbereich nicht kleiner wird. Im Gegenteil.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen derzeitige Ungerechtigkeiten zwischen den drei Steuerklassen abschaffen und Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen bis zum dreifachen Mindestlohn entlasten und Familien mit Kindern berücksichtigen. Die Progressivität in der Steuertabelle soll erhöht werden, ebenso der Spitzensteuersatz.

Mit Blick auf eine Steuerreform (Individualisierung und Abschaffung der Steuerklassen) gehen ihre allgemein gehaltenen Vorschläge in die richtige Richtung (Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen, Erhöhung der Progressivität und des Spitzensteuersatzes). Sie sehen die Steuerbefreiung bei einem Mindestlohneinkommen nicht vor.

## DÉI LÉNK

Déi Lénk will die Steuerprogression bei geringeren Einkommen reduzieren. Im Gegenzug wollen sie die Progressivität für hohe Einkommen erhöhen und den Spitzensteuersatz schrittweise erhöhen,

bis hin zu einer Steuer von 50% für die höchsten Einkommen. Hier stimmen die allgemein gehaltenen Vorschläge mit den Vorstellungen des OGBL überein, inklusive des vorgeschlagenen Spitzensteuersatzes von 50% für die höchste Einkommensschicht.

## ADR

Aufgrund der angeblich schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage des Landes will die ADR für die nächste Legislaturperiode keine allgemeine Steuerreform versprechen, sondern geht in Richtung konkreter Anpassungen, insbesondere zur Behebung sogenannter „Härtefälle“. Sie will auch den Mindestlohn steuerfrei machen. Den Spitzensteuersatz will sie nicht erhöhen, also keine zusätzlichen Steuersätze vorsehen. Die ADR schlägt vor, die Höhe des Steuereingangsbetrags – also des Betrags, ab dem Sie Steuern zu zahlen beginnen und der noch aus dem Jahr 2009 stammt – nach oben anzupassen. Die ADR kann sich des Weiteren die Einführung weiterer Raten in der Progressivität der Steuertabelle vorstellen, insbesondere damit die Belastung für Geringverdiener nicht so schnell ansteigt (1% statt 2%). In diesem Sinn sollen die Steuertranchen verbreitert werden und der „Mittelstandsbockel“ abgeschafft werden.

Die ADR verspricht nichts („keine generelle Steuerreform“), „kann sich vorstellen“, gibt vor „etwas zu wollen“, es aber „vorerst zu überprüfen“ und es dann „wenn möglich“ umzusetzen. An vielen Stellen des Wahlprogramms der ADR stößt man auf diese abstruse Art und Weise Wahlvorschläge zu machen. Alles ist drin und aber auch wieder nicht. Eines scheint aber klar zu sein: wiederholt, also auch an anderen Stellen des Wahlprogramms, unterstreicht die ADR, dass sie die sehr hohen Einkommen nicht zusätzlich belasten, sondern sie sogar noch weiter begünstigen will.

## PIRATEN

Die Piraten wollen die bestehenden Steuerklassen abschaffen. Für die Piraten ist es nicht akzeptabel, dass unser Steuersystem immer noch einen Lebensstil belohnt und einen anderen bestraft. Ziel ist eine vollständige Individualbesteuerung. Der Mindestlohn soll steuerfrei werden und bleiben. Die Piraten empfehlen eine Erhöhung des aktuellen Spitzensteuersatzes von derzeit 42% auf 47%. Diese Erhöhung soll durch die Einführung weiterer Steuertranchen bis zu 600.000 Euro pro Person und Jahreseinkommen erfolgen. Das heißt, für

jeden Euro, den eine Person mit einem Jahreseinkommen von mehr als 200.000 Euro verdient, zahlt sie 44% Steuer auf diesen Euro statt 43%, auf jeden Euro ab 400.000 Euro Einkommen dann 45% Steuer auf diesen Euro, und so weiter.

Die Vorschläge stimmen im Wesentlichen mit den Forderungen des OGBL überein. Es fehlt allerdings eine Aussage zur Progression der Steuertabelle insbesondere für den mittleren Bereich der Einkommenssteuer.

### **FOKUS**

Für FOKUS sollen geringere Einkommen weitgehend steuerfrei sein (der Mindestlohn komplett steuerfrei) und die Progressivität für mittlere Einkommen soll verlangsamt werden.

Bei FOKUS fehlt auch eine konkrete Darlegung der Vorschläge. Begrüßenswert: die Steuerbefreiung beim Mindestlohn und die Stoßrichtung kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Negativ: wie bei der CSV keine Erhöhung der Besteuerung sehr hoher Einkommen. Auch hier stellt sich die Frage der Gegenfinanzierung.

## **Steuerkredite, Steuererleichterungen nach sozialer Lage, andere Steuervergünstigungen**

### **LSAP**

Die LSAP empfiehlt eine schrittweise Verallgemeinerung der Individualbesteuerung, die mit der Einführung eines neuen einheitlichen Steuertarifs einhergeht. Dieser Paradigmenwechsel soll letztlich ein Steuermodell gewährleisten, das im Hinblick auf den Lebensstil der Menschen neutral ist. Um kindbezogene Ausgaben zu berücksichtigen, empfiehlt das LSAP die Einführung eines Steuerkredits für jedes Kind im Haushalt. Bis zur Einführung eines einheitlichen Steuertarifs schlägt der LSAP vor, entweder die Steuerklasse 1A in

Richtung einer Senkung der Besteuerung niedrigerer und mittlerer Einkommen neu zu definieren oder eine Übergangsfrist für Witwen und Witwer von fünf Jahren vorzusehen. Eine weitere Erhöhung des Steuerkredits für Alleinerziehende (CIM) soll in der nächsten Legislaturperiode geprüft werden, wobei die Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder zu berücksichtigen ist. Für den Berufseinstieg will die LSAP einen Steuerfreibetrag von bis zu 200 Euro für die Dauer von 5 Jahren einführen, der ab einem Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro sukzessive auf Null sinkt.



## DP

Die DP will auch in Zukunft verstärkt auf Leistungen und sozial angepasste Steuerkredite zugunsten der Niedrigverdiener setzen, die nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe gehen sollen. Freibeträge und Absetzbarkeit bei der Einkommenssteuer will sie überprüfen und gegebenenfalls die Steuergesetze anpassen, um den Anforderungen und Realitäten der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen unterstützen (Bsp. Steuerkredit beim Mindestlohn) und si-

cherstellen, dass niemand trotz Arbeit von Armut bedroht ist und weniger als das Referenzbudget zur Verfügung hat.

Den Maximalbetrag des Steuerkredits für Alleinerziehende wollen sie erhöhen. Die derzeitigen Steuerabsetzmöglichkeiten sollen auf Basis von sozial- und finanzpolitischen Überlegungen analysiert und gegebenenfalls angepasst werden.

## CSV

Die CSV will einen degressiven Steuerkredit für Mindestlohnbezieher einführen. Die Übergangszeit von der Steuerklasse 2 in die Steuerklasse 1a soll von 3 auf 6 Jahre erhöht werden. Für Alleinerziehende und Verwitwete soll der Eingangssteuersatz von 22.530 Euro auf 30.000 Euro erhöht

werden und die Progression in der Steuerklasse 1a langsamer greifen. Desweiteren sieht die CSV Steuerabschläge pro Kind vor, Erleichterungen für Berufsanfänger, und Anpassungen verschiedener Absetzmöglichkeiten, darunter die Erhöhung der Kilometerpauschale.

## DÉI LÉNK

Déi Lénk schlägt die Einführung einer einheitlichen Steuertabelle vor, die anhand der Zusammensetzung des Haushalts anhand von Verbrauchseinheiten gewichtet wird. Dies soll eine bessere Berücksichtigung des Beitragsfähigkeitsprinzips, die Beseitigung bestehender Ungleichheiten nach Familienstand (ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet) bzw. eine bessere Berücksichtigung der Situation von Alleinerziehenden ermöglichen. Steuerkredite, Freibeträge und fixe Einkommensteuermaßnahmen (Reisekosten, Beschaffungskosten, Sonderausgaben, Versicherungsprämien) sind aufwerten, um sie an die Lebenshaltungskosten und die gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen.

## ADR

Die ADR wendet sich grundsätzlich gegen Steuererhöhungen, inklusive alle möglichen indirekten Steuern, Gebühren, Beiträge oder Verbrauchsteuer. Für die ADR sollen Witwen in der Steuerklasse 2 bleiben, Alleinstehende sollen in Steuerklasse 2 einsteigen, mit steuerlichen Untergliederungen je nach Anzahl der Kinder, und der „crédit d'impôt monoparental“ kann nach oben angepasst werden. Die ADR wendet sich gegen eine Individualisierung des Steuersystems, das sie als „Steuerabschaffung der Familie“ bezeichnet. Die Kinderanzahl soll bei der Besteuerung berücksichtigt werden, ggfs. auch als Negativsteuer für Menschen mit geringem Einkommen. Die verschiedenen steuerlichen Abschreibungen sollen angepasst werden.

## PIRATEN

Die Piraten wollen die bestehenden Steuerklassen abschaffen, mit dem Ziel einer vollständigen Individualbesteuerung. Die Alleinerziehenden-Familien sollen direkt in die Steuerklasse 2 fallen, denn diese Menschen gehören derzeit mit einem Armutsrisiko von 40% zu den am stärksten gefährdeten Menschen hierzulande. Die Witwensteuer soll abgeschafft werden und die Betroffenen nicht mehr in die Steuerklasse 1a zurückfallen, sondern in der Steuerklasse 2 bleiben. Alle Steuerkredite sollen indiziert werden.



# Vermögens-, Erbschafts- & Kapitalbesteuerung

Die Einkommens- und Vermögensschemen werden in Europa immer grösser. Auch in Luxemburg. Sie sind Gift für die Solidarität und für die Demokratie in unserer Gesellschaft. Die Steuerpolitik kann ein wichtiges Gegenmittel, ein Korrektiv sein: deshalb fordert der OGBL nicht nur eine gleichgewichtigere Besteuerung von Kapital und Arbeit durch eine höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften, sondern ebenfalls die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (natürliche Personen) bei großen Vermögen und die Einführung der Erbschaftssteuer in direkter Linie in Form einer progressiven Steuer und mit einem Steuerfreibetrag bis zu 2 Millionen€ und für das vom Eigentümer selbst benutzten Haus.

## Vermögens- und Erbschaftssteuer

Die Vermögenssteuer teilt die Parteien in zwei Blöcke; LSAP, déi Gréng und déi Lénk ziehen in eine Richtung, die CSV, die DP und die ADR in die andere.

Déi Lénk und die Piraten wollen die Erbschaftssteuer in direkter Linie (mit einem Steuerfreibetrag von 1,5 Millionen€ bzw. 5 Millionen€) einführen.

Die LSAP will die Möglichkeit einer Wiedereinführung der von Privatpersonen zu zahlenden Vermögenssteuer prüfen. Um unter anderem die tatsächlich zu Wohnzwecken genutzte Hauptwohnung von der Steuerbemessungsgrundlage auszunehmen, schlägt sie einen Freibetrag in Höhe von 2,6 Mio. Euro vor.

Die DP lehnt eine Vermögenssteuer für Privatpersonen ab. Diese Steuer würde einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen und die Attraktivität des Landes beeinträchtigen. Für die Erbschaftssteuer in indirekter Linie will die die Schwellenwerte entsprechend der Inflationsentwicklung der vergangenen Jahre nach unten anpassen. Die Einführung einer Erbschaftssteuer in direkter Linie lehnt die DP strikt ab. Um Vermögensübertragungen in direkter Linie zu erleichtern, will die DP auch die Besteuerung von Schenkungen, die zu Lebzeiten erfolgen, entsprechend senken.

Déi Gréng wollen eine neue Vermögenssteuer für Privatpersonen mit sehr hohem

Vermögen einführen. Der erste Wohnsitz wird von der Steuer freigestellt. Hinzu kommt ein Freibetrag von einer Million Euro. Besteuert wird das Netto-Vermögen.

Die CSV will keine Erbschaftssteuer in direkter Linie und keine Vermögenssteuer einführen.

Déi Lénk will die Wiedereinführung der Privatvermögensteuer, ausgenommen auf Sparguthaben von Haushalten unter 200.000 Euro und der Erstwohnung. Es soll ein progressiver Steuersatz zwischen 0,5% und 2% angewendet und das Bankgeheimnis gegenüber der Steuerverwaltung abgeschafft werden. Daneben will déi Lénk eine direkte Besteuerung der Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag von 1,5 Millionen Euro einführen.

Die ADR spricht sich eindeutig gegen jede Erbschaftssteuer in direkter Linie aus. Im Gegenteil, bis zum vierten Grad soll diese komplett abgeschafft werden. Die ADR will keine Wiedereinführung einer Vermögenssteuer für Privatpersonen und die Beibehaltung des nationalen Bankgeheimnisses für Gebietsansässige.

Für die Piraten ist die Besteuerung der „plus-value“ auf Immobilien eine indirekte Erbschaftssteuer. Deswegen soll die Erstresidenz der Eltern ganz von der Steuer befreit werden, falls die Wohnung binnen zwei Jahren verkauft wird. Vermögenswerte bis zu fünf Millionen Euro sollen nicht besteuert werden. Erst ab fünf Millionen soll jeder weitere Euro unter die Schenkungssteuer fallen (rund 1,8%).

## Besteuerung der Kapitaleinkünfte

Déi Lénk und déi Gréng geben eine positive Antwort auf die Forderung des OGBL. Für eine Finanztransaktionssteuer sprechen sich die LSAP, déi Lénk, d'Piraten und FOKUS aus.

Die DP und die CSV ziehen in allen Punkten in die entgegengesetzte Richtung: Investiertes Kapital und Kapitaleinkünfte sollen noch mehr steuerlich entlastet werden. Die ADR spricht sich gegen eine Finanztransaktionssteuer aus und lässt das Thema der Kapitaleinkünfte (abgesehen bei Bauland und Immobilien, siehe Kapitel Wohnkrise) außen vor. Die Piraten sehen ebenfalls keine höhere Besteuerung der Kapitaleinkünfte vor, sondern wollen mit einer Steuererleichterung „kleine Aktionäre“ motivieren, am Finanzmarkt aktiv zu werden.

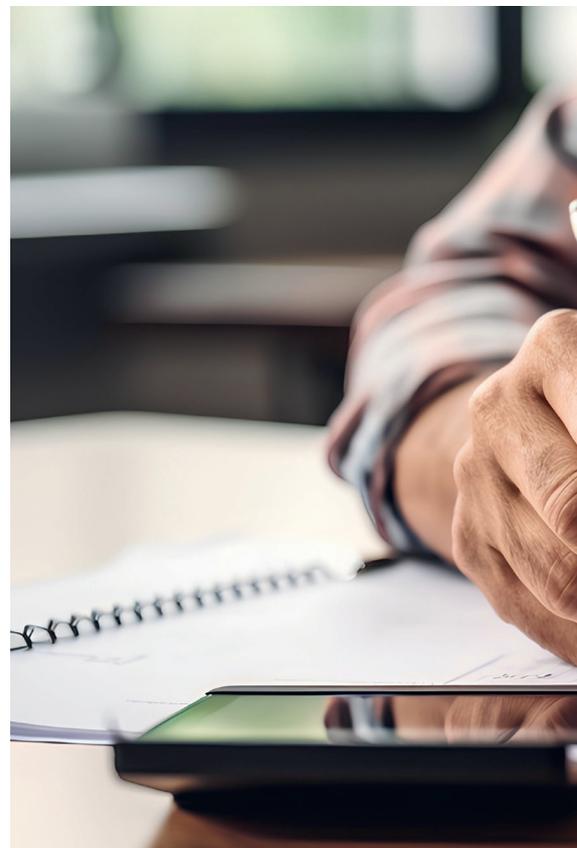
Die LSAP befürwortet die Einführung einer

Steuer auf Finanztransaktionen, vorbehaltlich einer Vereinbarung auf der Ebene der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Neben einem neuen Stock Options-Regime (siehe nächster Abschnitt), wendet sich die DP gegen eine neue Digital- oder Finanztransaktionssteuer.

Déi Gréng wollen eine gerechte Besteuerung von Kapital sowie von Einkommen aus Kapital garantieren. Gewinne aus dem Kauf und Verkauf von Beteiligungen (z.B. Aktien) sollen besteuert werden, auch wenn die Beteiligung länger als 6 Monate dauert und nicht mehr als 10% des Gesamtkapitals beträgt, es sei denn, es handelt sich um eine nachhaltige und ökologische Kapitalanlage im Sinne der EUTaxonomie und unter Ausschluss von Atom und Gas. Kapitalerträge, die heute nur zur Hälfte steuerpflichtig sind, will sie in Zukunft wie Einkommen aus Erwerbsarbeit besteuern.

Die CSV will weitere steuerliche Anreize für private und institutionelle Investoren schaffen, z. B. eine teilweise Steuerbefreiung für Investitionen in ESG-Produkte und Private Equity / Venture Capital.



Déi Lénk wollen die Steuerbefreiung für Dividenden, die derzeit bei 50% liegt, sowie den steuerfreien Teil von 1.500 Euro auf Kapitalerträge abschaffen und alle Kapitalgewinne aus dem Verkauf von Finanztiteln zum Globalsatz besteuern. Sie will die Einführung einer europäischen Steuer auf Finanztransaktionen unterstützen, die vorzugsweise alle europäischen Länder abdeckt, sowie eine stärkere Besteuerung von Onlinemultis (GAFA). Das Bankgeheimnis für Gebietsansässige soll abgeschafft werden.

Die ADR wendet sich gegen neue europäische Steuern, inklusive eine mögliche Finanztransaktionssteuer.

Die Piraten stimmen der Idee einer Finanztransaktionssteuer auf OCDE-Ebene zu. Kleinaktionäre sollen mittels eines Steuerabschlags einen Anreiz erhalten, selbst auf den Finanzmärkten aktiv zu werden.

FOKUS ist für die Besteuerung von Finanztransaktionen. Spekulative Geschäfte müssen dieser Besteuerung ebenso unterliegen wie die regulären Kapitalgewinne. Diese Besteuerung sollte in einem größeren Rahmen beschlossen werden, vorzugsweise innerhalb der OECD, notfalls aber auch über ein nationales Gesetz.

### Steuergeschenke in die falsche Richtung!

Seit 2021 ersetzt die sogenannte „prime participative“ (Beteiligungsprämie) das stark kritisierte System der „stock options“. Unter dem Strich ist die „prime participative“ nichts anderes als ein Lohnersatz (bis zu 25% des Bruttolohns) in Form einer Gewinnbeteiligung, die für den Arbeitnehmer 50% steuerfrei ist und vom Betrieb steuerlich abgesetzt werden kann. Der Arbeitgeber entscheidet darüber, wer sie bekommt und wer nicht.

Der OGBL kritisiert dieses Modell, weil es einem Betrieb ermöglicht, 1) indirekt Lohnkosten zu sparen und 2) nach Gutdünken über die Verteilung zu entscheiden. Es gibt für den OGBL keinen Grund dafür, dass der Staat über den Weg von Steuererleichterungen Lohnkosten und ungerechte Steuerbefreiungen (vor allem im Bereich der höchsten Stufe der Lohnhierarchie im Betrieb) finanziert. Dieses System gehört abgeschafft. Eine ähnliche Argumentation gilt auch für das sogenannte Impats-Regime.

Auch bei diesem Thema zielen die Parteien in unterschiedliche Richtungen: Déi Lénk will diese Systeme abschaffen. Die LSAP strebt bei der „prime participative“

eine gerechtere Verteilung an. Die CSV, die DP und die ADR wollen sie weiter ausbauen.

Die DP und die Piraten machen noch andere Vorschläge, die vom OGBL strikt abgelehnt werden.

Das LSAP will die Steuerbefreiung von 50% für die „prime participative“ reformieren und das derzeitige System der freiwilligen Gewährung durch den Arbeitgeber durch ein System ersetzen, das die Gewährung der Prämie an alle garantiert. Die konkrete Form soll über Kollektivvertrag festgelegt werden. Die DP hat vor die „Prime Participative“) weiter zu fördern und noch attraktiver zu gestalten.

Das „Régime d'impatrié“ ist für die DP ein wichtiges Instrument zur Anziehung von Talenten, was sie ggfs. anpassen will. Die DP will ansonsten die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital ihres Unternehmens steuerlich fördern und sie so verstärkt am Erfolg des Betriebs beteiligen. Insbesondere mit Blick auf Start-Ups soll ein attraktives neues Stock Options-Regime eingeführt werden.

Déi Gréng erwägen „maßvolle“ steuerliche Maßnahmen, um vor allem junge Talente sowie Talente in den Bereichen, in denen derzeit Fachkräftemangel herrscht, nach Luxemburg anzuziehen.

Die CSV will die „prime participative“ als steuerlichen Anreiz erweitern.

Déi Lénk wollen die „prime participative“ und das Impats-Regime abschaffen.

Die ADR will ausschliesslich die legale Migration von Hochqualifizierten erleichtern, dazu sollen auch Steuervorteile gehören. In diesem Sinne sollte die „Prime participative“ überprüft und ggf. noch attraktiver gestaltet werden.

Die Piraten wollen das „actionariat salarié“ fördern, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen, und in dem Fall sowohl die Unternehmen als auch die Mitarbeiter steuerlich entlasten.

Und dann auch noch das:

① Die DP wird für Überstunden eine komplette Befreiung von Sozialbeiträgen anstreben und so den Menschen mehr Netto vom Brutto zukommen lassen.

Die DP will die Überstundenarbeit kostengünstiger gestalten. Wenn die DP davon spricht „den Menschen mehr Netto vom Brutto zukommen zu lassen“, verschweigt sie 1) das Einsparen von Sozialbeiträgen



seitens des Arbeitgebers und des Staates und 2) die negative Auswirkung auf die zukünftige Rentenleistung für den Arbeitnehmer. Der OGBL lehnt den Vorschlag der DP ab.

Die DP will die Möglichkeit einer steuerfreien Miet-Prämie einführen. Dies erlaubt es Unternehmen, junge Arbeitskräfte für ihre Leistungen zusätzlich zu belohnen. Diese Prämie richtet sich gezielt an junge Mieter im Alter von 18 bis 35 Jahren.

Auch hier stellt sich die Frage der indirekten Lohnkosten- bzw. Steuersenkung für den Arbeitgeber. Warum diese Vermischung einer Sozialleistung mit der Arbeit im Betrieb. Warum schlägt die DP keine allgemeine Mietprämie vor, wie es beispielsweise die LSAP macht (Einführung eines „*crédit d'impôt loyer*“, siehe Kapitel Wohnkrise).

© Die Piraten wollen, dass Zuwendungen und Boni, die nicht Teil der regelmäßigen Vergütung sind, bis zu 5.000 Euro steuerfrei gemacht werden. Darüber hinaus fordern die Piraten einen steuerfreien 13. Monat.

Diese beiden Vorschläge sind ungerecht und rückschrittlich: Die Piraten scheinen nicht zu wissen, dass viele Arbeitnehmer überhaupt keinen 13. Monat erhalten. Mit anderen Worten: die Piraten sind dafür, dass die Einen einen Teil ihres jährlichen Lohnes steuerbefreit bekommen und die Anderen nicht! Dabei werden es vor allem die niedrigen Lohnschichten sein, die ungerecht behandelt werden. Dieselbe Feststellung gilt für die Steuerbefreiungen für Bonusse oder Gratifikationen.

Und je höher Bonusse, Gratifikationen und Jahresendzulagen sind, je stärker profitieren die Besserverdienenden durch eine solche Steuerbefreiung: nicht nur absolut, sondern auch proportional aufgrund des wegfallenden Impakts der Steuerprogression.

Der Vorschlag der Piraten ist ein Schlag ins Gesicht all jener, die insgesamt für mehr Gerechtigkeit im Steuersystem eintreten. Darüber hinaus würde ein solches System dazu führen, dass die Arbeitgeber die normale Lohnentwicklung der Arbeitnehmer bremsen würden, und sie durch Bonusse, Gratifikationen und Jahresendzulagen ersetzen würden: sie könnten so ein Teil der Lohnkosten einsparen: nach dem Motto „beim Netto verlierst du ja nichts, du gewinnst sogar etwas dazu“ und „ich kassiere den Rest“.

## Die Besteuerung der Betriebe

Seit den 1990er Jahren dreht sich die Spirale nach unten: weltweit fällt und fällt die Betriebsbesteuerung und sie macht einen immer geringeren Anteil an den Steuereinnahmen der einzelnen Staaten aus. Luxemburg macht dabei keine Ausnahme.

Der Grund hierfür ist der fiskalische Wettbewerb zwischen den Ländern Europas und zwischen den internationalen Wirtschaftsböcken. Es bestehen nur sehr wenige bzw. nur schwache internationale Rechtsgrundlagen, die das gegenseitige Dumping eindämmen. Die Hauptprofiteure sind die Aktionäre, insbesondere die Hauptaktionäre multinationaler Konzerne. Das Steuerdumping verschärft die ungerechte Verteilung des geschaffenen Reichtums in großen Teilen der Welt.

Wie die Gewerkschaften in anderen Ländern und wie der Europäische Gewerkschaftsbund, unterstützt der OGBL den sehr wichtigen Kampf für internationale Regeln der Steuerharmonisierung und des Eindämmens des Steuerdumpings. Deshalb widersetzt sich der OGBL einer weiteren allgemeinen Absenkung der Betriebsbesteuerung in Luxemburg. Es ist wichtig daran zu erinnern, dass diese Regierung in den letzten 10 Jahren zweimal die allgemeine Betriebsbesteuerung gesenkt hat.

Bei den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien gibt es einerseits die, die das Problem offen ansprechen, wie beispielsweise die LSAP, *déi Gréng* und *déi Lénk*. Diese Parteien sprechen sich gegen das weitere Absenken der Betriebsbesteuerung aus. Sie stellen dabei u.a. die Verbindung zwischen dem Steuersatz und den Steuerbemessungsgrundlagen her. Neben zweckgebundenen steuerlichen Förderungen gibt es andererseits ebenfalls gezielte höhere Besteuerungen (wie z.B. bei der Solidaritätssteuer). Diese Parteien betonen die Notwendigkeit internationaler Regelungen gegen das Steuerdumping.

Ganz anders die CSV und die DP. Sie treten offen für das weitere Absenken der allgemeinen Betriebsbesteuerung ein und ergänzen das Ganze noch mit einer Reihe von staatlichen finanziellen Unterstützungen bzw. Steuerbefreiungen. Was das Internationale anbelangt, schlagen beide Parteien nichts vor.

Die ADR lehnt Bestrebungen für eine internationale Steuerharmonisierung ab und steht für die internationale Steuerkonkurrenz. In diesem Zusammen erwähnt sie zwar die Negativauswirkungen auf die Verteilungsgerechtigkeit, aber „die internationalen Entwicklungen machen es immer schwieriger, daran viel zu ändern.“ Und weil dies so ist, will die ADR ihren Beitrag zur weiteren Konkurrenzspirale leisten, indem sie die Betriebsbesteuerung in Luxemburg weiter absenken will.

Die Piraten machen keinen Vorschlag in Bezug auf die Höhe der allgemeinen Betriebsbesteuerung.

Ihr Vorschlag der Zusammenlegung der Körperschaftssteuer (IRC) und der kommunalen Gewerbesteuer (ICC) bedarf zunächst einer wichtigen Richtgistellung: Entgegen der Behauptung der Piraten hat der Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) sich nämlich nicht dafür stark gemacht. Es gab in Wahrheit keine gemeinsame Position von Patronatsseite und Gewerkschaftsseite hierzu im WSR. Die Piraten haben nur die Patronatsposition übernommen und dies fälschlicherweise als Meinung des WSR in seiner Gesamtheit dargestellt. Deshalb zitieren wir die der Gewerkschaften: „Die Salariumsvertreter sind der Ansicht, dass der ICC eine gewisse Dezentralisierung der Besteuerung zugunsten der Kommunen darstellt. Zukünftig dürften zusätzliche finanzielle Unterstützungen der Kommunen notwendig sein, um unter anderem soziale Mietwohnungsprojekte zu finanzieren. Eine Fusion von IRC und ICC würde jedoch wahrscheinlich zu einem zusätzlichen Abwärtsdruck auf den einheitlichen Tarif führen.“ (CES avis 2021, p. 42/43 – Analyse des données fiscales au Luxembourg 2021; Übersetzung OGBL). Mit anderen Worten: der OGBL lehnt diesen Vorschlag der Piraten ab.

FOKUS spricht sich für eine Besteuerung der Robotisierung und der Künstlichen Intelligenz im Produktionsprozess aus. Die Aussage von FOKUS zur allgemeinen Besteuerung der Betriebe ist unverständlich, weil die Körperschaftssteuer, die FOKUS auf 20% senken will, bereits jetzt nur noch 15% bzw. 17% beträgt. Sollte FOKUS irrtümlicherweise die gesamte Besteuerung (Körperschaftssteuer + Gewerbesteuer + Solidaritätssteuer) gemeint haben, dann wäre der Vorschlag von 20% eine deutliche Absenkung der Betriebsbesteuerung.

# Pensionen

Der OGBL hat sich in seinem Programm im Vorfeld der Wahlen klar gegen jegliche Angriffe auf unser öffentliches und solidarisches Rentensystem ausgesprochen. Statt weiterer Leistungsver schlechterungen, soll es im Gegenteil zu Verbesserungen kommen, angefangen mit einer Erhöhung der Mindestrente.

## LSAP

Die LSAP verteidigt das bestehende Rentensystem als Vertrag zwischen den Generationen. Sie stellt fest, dass die Finanzlage derzeit gesund ist, aber bereits ab 2027 in Schwierigkeiten geraten könne. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf die Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialrats, der zurzeit an einem Gutachten zur langfristigen Absicherung des Rentensystems arbeitet. Die LSAP gibt aber ungeachtet dessen an, dass sie vorzugsweise auf der Einnahmenseite agieren will (z.Bsp. in Form einer Robotersteuer). Sie spricht sich ebenfalls für eine Erhöhung der Mindestrente und für eine Vereinfachung des Rückkaufs von Pensionsrechten aus.

## DP

Die DP verspricht „sichere und gute Renten“ für jeden, hält sich aber bedeckt, welche Anpassungen gegebenenfalls vorgenommen werden müssten, falls dies sich als nötig erweisen sollte. Im Hier und Jetzt will die DP das Rentensplitting einführen, die Grenze für den Hinzuvordienst bei der vorgezogenen Altersrente aufheben und die Rentenansprüche des „conjoint aidant“ im Haushalt eines Selbständigen verbessern. Ansonsten soll vor allem der zweite und dritte Pfeiler gestärkt werden, also private und betriebliche Zusatzrenten gefördert werden.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen das solidarische Generationenmodell absichern, indem sie bereits jetzt nach neuen Finanzierungsquellen schauen, wobei sie vorschlagen, wie bei der Pflegeversicherung, Beiträge auch auf Kapitaleinkommen zu erheben. Das Prinzip von 40 Beitragsjahren soll grundsätzlich beibehalten werden. Allerdings sollen sowohl Einnahmen als auch Ausgaben vorausschauend und nach dem Vorsorgeprinzip regelmäßig angepasst werden, damit die Tragfähigkeit des Sozialversicherungssystems erhalten bleibt. Déi Gréng

sprechen sich für eine Individualisierung der Rentenansprüche, flexible Modelle für den Übergang in die Rente sowie die Abschaffung der Grenze für den Zuverdienst beim vorgezogenen Altersruhestand.

## CSV

Die CSV sieht langfristig Handlungsbedarf. Für den Augenblick will sie detaillierte Analyse der mittel- und langfristigen finanziellen Tragfähigkeit des Rentensystems durchführen. Danach soll mit den Sozialpartnern nach Lösungen gesucht werden. Des Weiteren spricht sie sich für eine strukturelle Erhöhung des Pensionsminimums und eine deutliche Erhöhung der „baby years“ (von 2 auf 8 Jahre!) aus, um Unterbrechungen in der Beitragskarriere zu vermeiden. Die betriebliche und die private Altersrente sollen attraktiver gestaltet und steuerlich entlastet werden. Zuverdienstmöglichkeiten für Selbständige sollen denen der Arbeitnehmer angeglichen werden.

## DÉI LÉNK

Déi Lénk spricht sich für die Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren aus. Beiträge sollen in Zukunft auch auf Überstunden, Studentenjobs und der einzuführenden umgewandelten Studienbeihilfe „allocation d'autonomie“ erhoben werden. Im Falle einer freiwilligen Berufsunterbrechung soll die Einzahlung in die Pensionskasse obligatorisch werden. Die Verschlechterungen der Reform von 2012 sollen rückgängig gemacht werden, indem das Rentenajustement gesichert wird und die Lohnersatzquote („taux de remplacement“ auf 1,85 erhöht werden). Die Mindestrente soll auf Höhe des Mindestlohns erhöht werden. Die zusätzlichen Leistungen sollen durch eine Aufhebung der Beitragsobergrenze von fünfmal dem Mindestlohn finanziert werden.

## ADR

Die ADR bezeichnet das luxemburgische Rentensystem als „Schneeballsystem“, das nicht nachhaltig ist und unmäßigem

Wachstum führe. In diesem Zusammenhang findet die ADR es inakzeptabel, dass immer mehr Menschen „in das Land geschleust werden“, um Ungleichgewichte bei der Finanzierung des Rentensystems zu finanzieren. Dementsprechend soll dringend eine Rentenreform umgesetzt werden, die spätestens 2028 in Kraft treten müsse und zum Ziel haben soll, die Renten bis 2070 abzusichern. Dreh- und Angelpunkt dieser Reform soll der Kompensationsfonds des Rentenregimes sein. Ansonsten wartet die ADR die Vorschläge des Wirtschafts- und Sozialrats sowie unter anderem der Gewerkschaften zu begutachten. Es soll ansonsten analysiert werden, inwieweit die digitale Ökonomie und der „Rentenexport“ auf das Pensionsregime Auswirkungen hat. Die Rentenbeiträge sollen, falls alle anderen Möglichkeiten erschöpft sind, von 8 auf 9% erhöht werden. Das Rentenajustement soll unverändert bestehen bleiben. Die betriebliche Zusatzrente soll modernisiert werden und stärker für Niedrigverdiener zugänglich werden, ansonsten soll analysiert werden, welche der drei Säulen der Renten am besten absichert. Über Zeitarbeitskonten soll der Eintritt in die Rente flexibler gestaltet, zugleich sollen die Arbeitnehmer aber angeregt werden, länger im Arbeitsprozess zu bleiben. Die Schwelle zum Zuverdienst soll ganz abgeschafft werden. Die Beitragsobergrenze soll für Selbständige abgeschafft werden, ansonsten sollen diese mit Arbeitnehmern gleichgestellt werden.

## PIRATEN

Bei den Piraten gibt es keine grundsätzliche Aussagen zu den Pensionen. Ideen findet man aber vereinzelt im Programm, so soll eine höhere Besteuerung von Glücksspielen zur Füllung der Pensionsreserven dienen und Bauarbeiter eher in Rente gehen können.

## FOKUS

FOKUS sieht keine Anpassung beim Rentensystem vor, will aber eine Grundsiche-

rung im Alter vor, die 1000 bis 2000 Euro betragen soll und an jede Person über 65 Jahren ausbezahlt werden würde.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass sich bislang keine Partei für die Forderungen der Patronatsseite ausspricht, das Alterseintrittsalter zu erhöhen und die Leistungen zu verschlechtern. DP und CSV lassen sich nichtsdestotrotz alle Türen offen, und sprechen sich auch beide für einen Ausbau von privaten und betrieblichen Zusatzversicherungen aus, was sicher keine grundsätzliche Aussage zugunsten des öffentlichen und solidarischen Rentensystems ist, sondern dies im Gegenteil schwächt.

Diesbezüglich ist es positiv zu werten, dass sich déi Gréng und die LSAP dafür aussprechen, bei zusätzlichem Finanzierungsbedarf vorzugsweise auf der Einnahmenseite zu agieren, z.Bsp. Beiträge auf Kapitaleinkommen. Beide schließen jedoch Leistungsverlechterungen nicht grundsätzlich aus. Dass sich die LSAP und die ADR dabei auf ein noch nicht vorliegendes Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrats berufen, kann erstaunen, zumal es doch angesichts der öffentlichen Positionierungen von OGBL und UEL, die diametral entgegengesetzt wird, von vornherein offensichtlich ist, dass es schwierig sein wird, sich auf gemeinsame Empfehlungen zu einigen. Da die ADR auch noch separat von den Gewerkschaften spricht, scheint sie zu glauben, dass diese nicht im WSR vertreten sind.

Tatsächlich sind breite Teile des ADR-Programms pure Schwarzmalerei. Wie die ADR das Rentensystem reformieren soll, bleibt dabei weitestgehend unklar. Die ehemalige Partei für Rentengerechtigkeit akzeptiert vorbehaltlos den neoliberalen Diskurs über die Rentenmauer, gibt aber gleichzeitig vor, die Leistungen auf derzeitigem Niveau absichern zu wollen. Allerdings nicht für alle, wie der Verweis auf den „Rentenexport“ zeigt. Für den ADR wäre es also eine Option, Grenzgängern oder Immigrierten, die im Rentenalter in ihr Heimatland zurückkehren, die luxemburgische Rente zu begrenzen und zu streichen, auch wenn diese 40 Jahre in die Luxemburger Rentenkasse eingezahlt haben! Überhaupt ist der ausländerfeindliche feindliche Tenor (nicht nur) des Kapitals Pensionen im ADR-Wahlprogramm für den OGBL völlig inakzeptabel.

Als einzige Partei schlägt déi Lénk Verbesserungen beim aktuellen Rentensystem vor, wobei auch zusätzliche Einnahmequellen vorgeschlagen werden, also eine Gegenfinanzierung vorgesehen ist. Bei der (vom OGBL geteilten) Forderung der Aufhebung der Beitragsobergrenze stellt sich allerdings die Frage, ob dies sich integral auf die höheren Pensionen auswirkt oder ob hier eine gewisse Degressivität vorgesehen wird.

Der OGBL hat sich dafür ausgesprochen, die Investitionspolitik des Kompensationsfonds der Pensionskasse stärker auf die lokale und großregionale Wirtschaft auszurichten und Investitionen in Kernenergie und die Unternehmen mit den höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu unterlassen.

Die LSAP spricht sich diesbezüglich für eine Diversifizierung der Risiken aus, wobei weitere Anstrengungen in Sachen sozial und ökologisch verantwortliche Investitionen unternommen werden sollen.

Die DP möchte, dass weiter ein Teil der Investitionen des Kompensationsfonds in Projekte für erschwingliches Wohnen in Luxemburg investiert werden sollen, gibt jedoch keine Angabe, ob dieser Anteil erhöht werden soll.

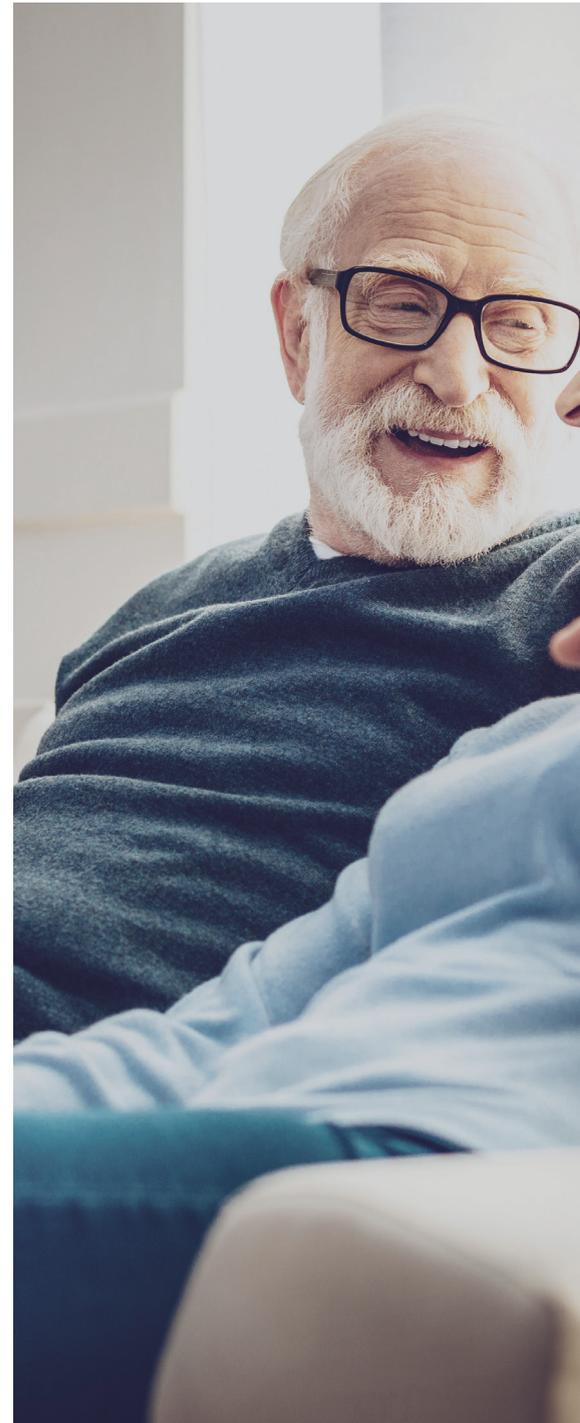
Déi Gréng treten für ein Investitionsstopp nicht nur für Atomenergie, sondern auch für alle fossilen Energien ein. Die aktuelle Quote für Investitionen in bezahlbaren Wohnraum soll voll ausgeschöpft oder ggfs. erhöht werden.

Déi Lénk will die Investitionsstrategie überarbeiten, und allgemein stärker in öffentlichen Wohnraum investieren. Geschäfts- und Büroflächen sollen dabei ausgeschlossen werden, was zurzeit nicht der Fall ist.

Für die ADR soll der Kompensationsfonds ausschließlich zur Absicherung der Renten des Privatsektors dienen und nicht um „politische Ideologien“ umzusetzen. In diesem Sinne soll ausschließlich auf Rentabilität und nicht auf „ideologische Kriterien“ gesetzt werden. Etwas im Widerspruch dazu steht die Tatsache, dass sich die ADR ausdrücklich für Investitionen des FDC in fossile Energien und Nuklearenergie ausspricht, da der Energiebedarf Luxemburgs laut ADR nur durch diese Quellen gedeckt werden könne.

Die Piraten wollen, dass mindestens 5% der Reserven in erschwinglichen Wohnraum investiert werden. Ansonsten soll die Investitionspolitik des FDC transparenter werden, und sowohl grün als auch rentabel sein.

Für CSV und FOKUS ist dies kein Thema.



# Krankenversicherung

Prioritäten für den OGBL im Bereich der Krankenversicherung sind vor allem Verbesserungen bei den Leistungen, auch um den neuen medizinischen Erkenntnissen und der technologischen Entwicklung gerecht zu werden. Das allgemeine Drittzahlersystem soll schnellstmöglich eingeführt werden. Vor allem gilt es das solidarische System zu erhalten und Privatisierungen zu verhindern. Dies beinhaltet auch das Beibehalten der obligatorischen Konventionierung der medizinischen Leistungen.



## LSAP

Die LSAP spricht sich für die Perennisierung der obligatorischen Krankenversicherung, ihrer solidarischen Finanzierung und des gleichen Zugangs aller zu Gesundheitsleistungen aus. Die Konventionierung der Ärzteschaft wird als Dreh- und Angelpunkt des Gesundheitssystems definiert. Maßnahmen sollen getroffen werden, um die Finanzierung der Gesundheitskasse abzusichern, wobei die LSAP vor allem auf der Einnahmeseite agieren soll, um die Leistungen abzusichern und ggfs. noch auszubauen und zu verbessern. Diesbezüglich schlägt die LSAP eine Revision der Nomenklatur vor, um sie dem medizinischen Fortschritt anzupassen. Verbesserungen bei der Leistungsübernahme soll es ua. bei Zahn- und Augenmedizin geben, die Osteopathie soll von der Gesundheitskasse anerkannt werden. Der Zuschlag 1. Klasse soll abgeschafft werden, und die direkte Sofortzahlung (PID) zügig umgesetzt werden. Das Pilotprojekt für die universale Gesundheitsversorgung soll evaluiert werden, mit der Absicht, dass sie fortbestehen und eine legale Basis erhalten soll.

## DP

Die DP möchte die Nomenklatur modernisieren. Die Krankenhausfinanzierung soll transparenter gestaltet werden, wobei überprüft werden soll, ob langfristig eine aktivitätsbezogene Finanzierung, wie sie den freien Gesundheitsberufen praktiziert wird, nachhaltiger für das Gesundheitssystem wäre. Bei der 78-Wochenschwelle sollen Sonderregelungen eingeführt werden, um Patienten bei denen Rückfälle möglich sind, vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und ihrer Sozialversicherung zu schützen. Auch im Fall einer progressiven Wiederaufnahme der Arbeit soll der Zählstand ausgesetzt werden. Das Pilotprojekt zur universalen Gesundheitsversorgung soll evaluiert und bei positivem Ergebnis weitergeführt werden.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen die Nomenklatur für alle Arzt- und Gesundheitsleistungen grundlegend überarbeiten. Die Finanzierung der Krankenhäuser soll ggfs. überarbeitet werden, um strukturell schwächer aufgebauten Fachbereiche zu stärken. Die Umweltmedizin soll in den Katalog der Leistungen der CNS aufgenommen werden. Über eine Abschaffung des Zuschlags 1. Klasse soll verhandelt werden, das System der direkten Sofortzahlung verbindlich eingeführt werden. Ansonsten sprechen sich die Grünen für eine legale Basis für die universelle Gesundheitsversorgung, wobei der Zugang einfacher gestaltet werden soll.

## CSV

Die CSV will für ein solides finanzielles Gleichgewicht bei der CNS sorgen. Die Nomenklatur soll überarbeitet werden, der Leistungskatalog modernisiert werden. Ggfs. sollen punktuelle Leistungsverbesserungen kommen, welche verrät die CSV nicht, auf jeden Fall soll schnell und entschlossen gehandelt werden. Die 78-Wochengrenze bei Krankschreibungen soll überarbeitet werden, um Arbeitsplatz- und Einkommensverluste zu vermeiden. Die direkte Sofortzahlung soll schnellstmöglich eingeführt werden und die Tarife schneller an die Ärzte überwiesen werden.

## DÉI LÉNK

Déi Lénk will die obligatorische Konventionierung der Leistungen beibehalten. Das allgemeine Drittzahlersystem soll eingeführt werden. Die Schwelle von 78 Wochen soll ganz abgeschafft werden. Zur Finanzierung der Gesundheitskasse soll die Beitragsobergrenze von fünfmal dem Mindestlohn aufgehoben werden. Die universale Gesundheitsversorgung soll als grundlegendes Recht eingeführt werden. Das Recht auf soziale Sicherheit soll dementsprechend in der Verfassung verankert werden. Die Entscheidungsgremien der sozialen Sicherheit sollen direkt von den

Versicherten gewählt werden. Patronatsvertreter soll es darin keine mehr geben, da die Beiträge als Teil des Arbeitslohns zu sehen sind.

## ADR

Für den ADR sollen im Sinne eines einzigen nationalen Gesundheitssystems alle Arbeitnehmer und alle Selbständigen automatisch versichert sein, ebenso wie die Ärzte obligatorisch konventioniert sind. Jedoch soll eine Reform der obligatorischen Konventionierung in Angriff genommen werden. Insgesamt soll die Tarifierung den Ärzten eine größere Flexibilisierung bei der Ausübung ihres Berufs ermöglichen. Neben Arbeitnehmern und Arbeitgeber soll auch die liberale Ärzteschaft in Zukunft in der Leitung der CNS vertreten sein. Die Nomenklatur soll überarbeitet und angepasst werden, wobei bei ärztlichen Leistungen auch ein Zeitfaktor einfließen soll und der Beruf des Arztes attraktiver werden soll. Leistungsverbesserungen soll es in den Bereichen Zähne, Augen und Gehör, aber auch bei der Alternativmedizin geben. Die 78-Wochen-Schwelle soll abgeschafft und durch ein anderes System ersetzt werden, das einen Beibehalt der Krankenversicherung ermöglicht. Behandlungen im Ausland und im Ausland verschriebene Medikamente sollen von der CNS zu den gleichen Bedingungen übernommen werden. Die direkte Sofortzahlung soll eingeführt werden, allerdings unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die liberalen Ärzte ihre Unabhängigkeit gegenüber der CNS behalten.

## PIRATEN

Die Piraten wollen, dass der Faktor Zeit in der Nomenklatur mit eingerechnet wird, damit sich die Ärzte bei Bedarf mehr Zeit für einen Patient nehmen können, ohne dass dies gleich als großes Examen verrechnet wird. Der allgemeine Drittzahler soll endlich eingeführt werden. Die universelle Gesundheitsversorgung soll definitiv eingeführt und diesbezügliche administrative Hürden abgebaut werden.

## FOKUS

FOKUS will die Nomenklatur überarbeiten und die Leistungen gerechter gestalten, wobei die dreidimensionale Definition der Gesundheit seitens der WHO („körperliches, geistiges und soziales Wohlbefinden“) als Grundlage dienen soll.

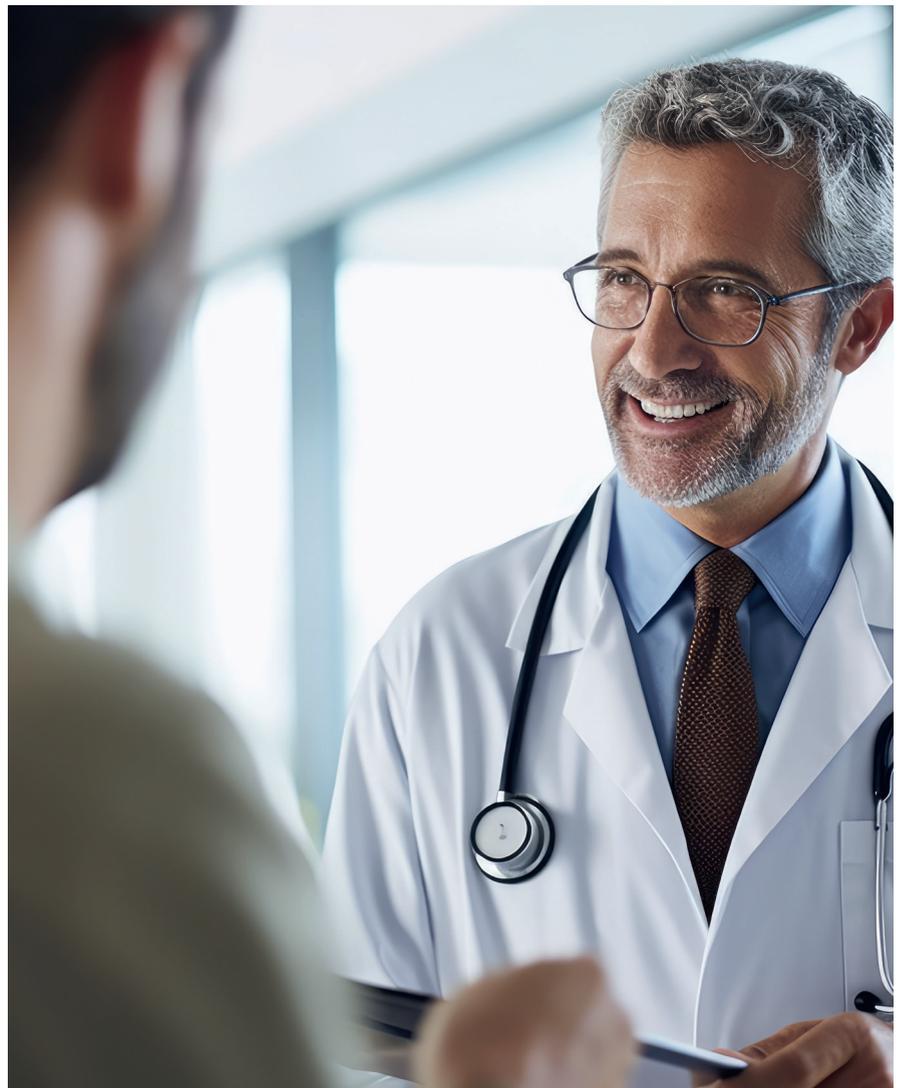
## → ANMERKUNG DES OGBL

Im Bereich der Krankenversicherung stellt man große Ähnlichkeiten zwischen den Parteien fest. Niemand stellt die obligatorische Konventionierung in Frage, jeder will die Nomenklatur überarbeiten, und ggfs. zusätzliche Leistungen vorsehen. Die Infragestellung der 78-Wochen-Grenze, die Einführung des direkten Sofortzahlers wie auch die Idee einer universellen Gesundheitsversorgung scheinen weitgehend geteilt zu werden, was die Frage aufwirft, wie so all dies bisher nicht umgesetzt wurde.

Aus der Reihe fällt allerdings die ADR, die sich offenbar als Sprachrohr der liberalen Ärzteschaft sieht und deren Interessen aggressiv vertritt. Wie eine Revision der Nomenklatur, die den Ärzteberuf (finanziell) attraktiver gestalten soll, finanziert werden soll, wird nicht erklärt. Die Idee, dass auch die Ärzte in den leitenden Gremien der CNS vertreten sein sollen, heißt

jedenfalls den Bock zum Gärtner machen. Schwer vorstellbar, wie die CNS in dieser Zusammensetzung eine vernünftige Tarifizierung der Leistungen verhandeln soll. Es besteht das Risiko, dass der/die Versicherte in Form einer höheren Eigenbeteiligung die Rechnung zahlen soll.

Kritisch sieht der OGBL ansonsten den Vorstoss von déi Lénk, wie vor dem "statut unique" separate Wahlen für Kranken- und Pensionskasse abzuhalten, deren Vertreter zurzeit gemäss den Mehrheitsverhältnissen in der CSL bestimmt werden. Eine Multiplizierung von Wahlgängen ist verwirrend für den Wähler und riskiert, zu einer (noch) niedrigeren Wahlbeteiligung zu führen.



# Wohnkrise

Würden wir alle Vorschläge der einzelnen Parteien zur Überwindung der Wohnkrise in unserer vergleichenden Analyse der Wahlprogramme vorstellen, dann würde die uns zur Verfügung stehende Seitenzahl gesprengt. Wir beschränken uns darum auf die wichtigsten Themenbereiche und Kernaussagen.

Die Wahlprogramme zur Wohnkrise widerspiegeln vor allem eines: ohne den massiven Eingriff des Staates in den Bauland- und Wohnungsmarkt ist die Wohnkrise nicht zu lösen.

Die Wahlaussagen der Parteien kommen einem regelrechten Abgesang auf die Fähigkeit der sogenannten freien Marktkräfte, die Wohnungskrise zu lösen, gleich. Fast alle Parteien. Eine Ausnahme bildet die ADR, die zwar auch den Bau öffentlicher Mietwohnungen fördern will, ansonsten aber weiterhin in erster Linie auf den privaten Markt setzt und dafür zusätzliche öffentliche Finanzmittel bereitstellen will.

---

## Öffentlicher Wohnungsmarkt

Seit Jahren fordert der OGBL die massive Erhöhung des Bestands an öffentlichen Wohnungen, in erster Linie von Mietwohnungen in öffentlicher Hand. Und wie steht es mit den Parteien in ihren Wahlprogrammen?

Nachdem jahrzehntelang der öffentliche Wohnungsbau, ob staatlich oder kommunal, unverantwortlich vernachlässigt wurde, versprechen die Wahlprogramme jetzt das Gegenteil.

Wenn neben der LSAP und déi Léńk jetzt auch eine marktliberale Partei, wie es die DP eine ist, sich am Modell der Stadt Wien orientieren wollen (das Wiener Modell ist weltführend im Bestand öffentlich-kommunaler Mietwohnungen), dann ist es angebracht von einer zumindest wahlpolitischen Zeitenwende zu sprechen und man darf jetzt schon auf ihre konkrete Umsetzung im Verlauf der kommenden Legislaturperiode gespannt sein. Der OGBL wird sie positiv begleiten und vor allem... an ihren Taten messen.

Einige Beispiele aus einer langen Liste der

Programmorschläge für die Förderung des öffentlichen Wohnungsmarkts:

Wir werden den Immobilienbestand im Besitz der öffentlichen Hand nach dem Beispiel der Stadt Wien massiv ausbauen. (DP)

Die LSAP orientiert sich am Beispiel der österreichischen Hauptstadt Wien, die auf eine lange Tradition im kommunalen Wohnungsbau zurückblickt. Das System funktioniert, weil es für große Teile der Bevölkerung zugänglich ist. (LSAP)

Wir werden die öffentlichen Wohnungsgesellschaften „Fonds du Logement“ (FdL) und „Société Nationale des Habitations à Bon Marché“ (SNHBM) stärker unterstützen, damit sie auf Dauer mindestens 800 zusätzliche erschwingliche Wohnungen pro Jahr realisieren können. Diese Zielvorgabe muss innerhalb von 5 Jahren erreicht werden und soll vor allem die Schaffung von Mietwohnungen ermöglichen. (déi Gréńg)

Den Bau von 3.000 bezahlbaren Wohneinheiten pro Jahr anstreben: Es ist unbedingt erforderlich, den Anteil der zur Vermietung vorgesehenen bezahlbaren Wohnungen für Bauprojekte (PAP) mit mehr als 10 Wohneinheiten auf mindestens 30% zu erhöhen. (déi Léńk)

Dass bei jedem größeren Bauvorhaben eine Mindestanzahl an Wohneinheiten für soziale Zwecke bereitgestellt wird. Diese Wohnung muss an den Staat gehen und soll dann von gemeinnützigen Organisationen für soziale Projekte genutzt werden. (Piraten)

Die CSV wird möglichst schnell ein Entwicklungskonzept für die 50 Hektar Bauland des Fonds du Logement entwickeln. (CSV)

Kurzfristig sollen möglichst viele Projekte privater Bauherren, die aufgrund der aktuellen Krise nicht realisiert werden können, zu vernünftigen Preisen aufgekauft wer-

den, um sie einem großen öffentlichen Immobilienpark als Mietwohnungen zuzuführen. (DP)

Dass auch private Bauträger das Angebot bekommen, bezahlbare Wohnprojekte für den Staat zu errichten. Der Bau durch den privaten Bauträger muss unter strengen Auswahlkriterien in einem Konvent festgelegt werden und die Gewinnmargen für den Bauträger müssen attraktiv, aber begrenzt bleiben. Das Grundstück des Bauvorhabens muss in jedem Fall in öffentlicher Hand bleiben. (Piraten)

Es muss so weit wie möglich sichergestellt werden, dass öffentliche Akteure die betreffenden Grundstücke vor der Umwidmung als Baugebiet erwerben. (LSAP)

Wir werden die Gelder des Zukunftsfonds teilweise in den Kauf von Grundstücken investieren. Diese Gelder werden in einem Baulandfonds angelegt und können umgehend durch öffentliche Bauträger oder Gemeinden mobilisiert werden. (CSV)

Es ist zwingend erforderlich, Sozialwohnungen ausschließlich zur Vermietung zu reservieren. (déi Léńk)

Es sollte ein Plan zur Schaffung von 50.000 Wohneinheiten auf emphyteotischen Flächen erstellt werden. (FOKUS)

Allgemein sollte der Staat aktiver am Immobilienmarkt operieren und verstärkt auf Angebote von kompletten Wohnblöcken (Bestand oder Neubau), die zum Verkauf stehen, zurückgreifen, um den öffentlichen Immobilienbestand kurzfristig zu erhöhen. (DP)

Anstieg der Mietwohnungsquote öffentlicher Akteure. Die LSAP strebt mittelfristig eine Quote von rund 25% des Mietwohnungsbestands an. (LSAP)

Im Zuge der ersten Zwischenbilanz des Pacts Logement 2.0 werden wir die Anteile, welche für bezahlbaren Wohnraum reserviert sind (Art 29bis) nach oben anpassen. (déi Gréńg)

Wir werden die Zahl bezahlbaren Wohnraums deutlich erhöhen, indem wir die Kommunen verpflichten, bis 2030 mindestens 10% des bezahlbaren Wohnraums zur Miete bereitzustellen. (déi Lénk).

Wir werden bei umklassierten Grundstücken in neuen Wohnbaugebieten, die zuvor eine Grünzone waren, das Minimum an erschwinglichen öffentlichen Wohneinheiten von 20 auf mindestens 30 Prozent anheben. (CSV)

Perimetererweiterungen dürfen ausschließlich für die öffentliche Nutzung und den sozialen Wohnungsbau genutzt werden. (Piraten)

Bei größeren Bauvorhaben (mehr als 25 Wohnungen) 10 Prozent der Wohnungen für bezahlbaren, standortgerechten Wohnraum und weitere 10 Prozent für den Ersterwerb reservieren. (ADR)

## → ANMERKUNG DES OGBL

Würde man die Breite und Tiefe der Vorschläge der einzelnen Parteien in Bezug auf die Entwicklung des öffentlichen Wohnungsparks bewerten, dann sind es die Wahlaussagen der LSAP, der DP, der déi Lénk und der Piraten die herausragen und den Vorstellungen des OGBL am nächsten kommen. Hinsichtlich der Notwendigkeit der besonderen Förderung des Bestands an öffentlichen Mietwohnungen gesellt sich zu diesen drei Parteien auch die déi Gréng, und in einem beschränkteren Maß die ADR hinzu.

Die CSV legt eher Wert auf den Mietkauf bei erschwinglichen öffentlichen Eigentumswohnungen und auf die Öffnung des subventionierten Wohnens von SNHBM und Fonds de Logement auf die Mittelschicht.

Finanziert soll die Zeitenwende im öffentlichen Wohnungsbau (inklusive des öffentlichen Erwerbs von Land, Bauland und Immobilien) über den Weg von Finanzfonds. Derartige Vorschläge findet man bei CSV, DP, LSAP, déi Lénk, ADR und Piraten, also nahezu allen Parteien.



Interessant sind noch folgende Aussagen im Zusammenhang mit dem öffentlichen Kauf bzw. Verkauf von öffentlichem Bauland bzw. Immobilien:

Kommunale und staatliche Grundstücke sollen umgehend bebaut werden können. Auf diesen Grundstücken sollen vor allem Mietwohnungen entstehen. Es muss vermieden werden, dass Gemeinden und Staat bebaubare Grundstücke höchstbietend verkaufen und sich so an der Preisspirale für Immobilien beteiligen. (DP)

Öffentlicher Erwerb von an Baugebiete angrenzenden Grundstücken. Es muss so weit wie möglich sichergestellt werden, dass öffentliche Akteure die betreffenden Grundstücke vor der Umwidmung als Baugebiet erwerben. Wir werden die Kommunen dazu verpflichten, ihre Grundstücke nicht mehr auf dem freien Markt zu verkaufen, außer im Falle einer Erbpacht oder eines Vorkaufsrechts für den Rückkauf der Immobilie. (LSAP)

Wir werden dafür sorgen, dass beim Ankauf von Baugrundstücken durch staatliche Bauträger oder Gemeinden keine Übergewinnsteuer verrechnet wird. (CSV)

Der Verkauf einer Immobilie an die Öffentlichkeit ist steuerfrei, wenn sie für bezahlbaren Wohnraum bestimmt ist. (ADR)

Bezahlbarer Mietwohnraum in öffentlicher Hand kann nicht in private Hände übergehen. (ADR)

Jeder Verkauf muss öffentlichen Bauträgern untersagt werden. (déi Lénk)

Für die Piraten müssen Sozialwohnungen vermietet und nicht verkauft werden, denn verkaufte Sozialwohnungen sind keine Sozialwohnungen mehr. (Piraten)

## Maßnahmen gegen die Spekulation

Der OGBL fordert eine konsequente Politik gegen die Spekulation im Land-, Bauland- und Immobilienbereich, gegen das Zurückhalten von Bauland bzw. gegen den Wohnungsleerstand und gegen das exzessive Horten von Land, Bauland und Immobilien in den Händen einer reichen Minderheit. Beides hat einen wesentlichen Anteil an der Preisentwicklung im Wohnbereich.

Mit einer Ausnahme befürworten alle Parteien die Einführung einer nationalen Mobilisierungssteuer auf leerstehende Im-

mobilien bzw. auf das Zurückhalten von unbebautem Bauland. Die ADR lehnt sie ab. Die ADR lehnt ebenfalls eine Erhöhung der Grundsteuer ab.

Im Allgemeinen sehen die Parteien zu den aktuellen Gesetzesvorschlägen (Grundsteuer, Baulandvertrag) nur geringfügige Abweichungen vor.

Wie beispielsweise die DP, die „in einem weiteren Schritt“ eine Erhöhung und eine Beschleunigung der Mobilisierungssteuer vornehmen will. Dem kann sich der OGBL nur anschließen, weil dies einer unserer Kritikpunkte im Zusammenhang mit dem vorliegenden Reformvorschlag ist. Stellt sich nur die Frage, warum die DP nicht direkt eine entsprechende Änderung an dem aktuellen Gesetzesvorschlag vornehmen will.

Und beispielsweise FOKUS, der im Unterschied zum vorgeschlagenen Grundsteuerfreibetrag beim Eigenheim, die Grundsteuer für das eigene Heim ganz abschaffen will. Oder die Piraten, die eine gezielte Steuer einführen wollen, wenn Promoteure für bebaubares Land noch keine Baugenehmigung angefragt haben. Davon ausgeklammert bleibt der kleine Besitz.

Doch es gibt auch Vorschläge, die im Kampf gegen die Spekulation weiter gehen:

① Wie der OGBL wollen déi Lénk die Mobilisierungssteuer zusätzlich an eine progressive Grundsteuer anbinden, um gleichzeitig die exzessive Konzentration in privater Hand von Bauland und Immobilienbesitz einzudämmen:

„Wir werden eine progressive Grundsteuer auf Gebäude außerhalb des Hauptwohnsitzes einführen, deren Satz sich mit dem Wert des Immobilienvermögens (ohne Hauptwohnsitz) erhöht, gewichtet mit einem ebenso progressiven Steuerzuschlag im Falle des Zurückhaltens von Baugrundstücken bzw. des Leerstands von Gebäuden aus spekulativen Gründen.“

In diesem Zusammenhang muss die Absicht der LSAP erwähnt werden, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer unter die Lupe zu nehmen. (siehe hierzu den Abschnitt zur Vermögenssteuer).

② Déi Gréng, die LSAP und die ADR machen noch einen anderen Vorschlag, der als Antispekulationsmassnahme betrachtet werden kann: die Einführung einer Steuer, die den potenziellen Mehrwert berücksichtigt, der durch eine Änderung der Klassifizierung des Grundstücks entsteht.

Die LSAP befürwortet eine Steuer, die den potenziellen Mehrwert erfasst, der durch eine für den Eigentümer günstige Änderung der Klassifizierung des Grundstücks entsteht. (LSAP)

Eine Mehrwertabgabe auf Wertgewinne, die durch administrative Entscheidungen (z.B. eine Erweiterung des Bauperimeters oder eine Erhöhung der erlaubten Bau-dichte) entstehen, einführen. (déi Gréng).

Eine Wertschöpfungssteuer auf Grundstücke, die in den Bauperimeter eingebracht werden und nicht zur privaten Nutzung oder für unbebauten Wohnraum bebaut werden. (ADR)

③ Drei Parteien (die LSAP, die Piraten und FOKUS) greifen das Thema der Begrenzung ausländischer spekulativer Investitionstätigkeiten auf. Die ADR will eine weitere Verschärfung der Gesetzgebung bei den sogenannten „Fonds d’investissements spécialisés“.

Ausländische Investitionen von außerhalb der EU begrenzen. Wir prüfen die Möglichkeit, den Erwerb von Immobilien auf natürliche und juristische Personen zu beschränken, die tatsächlich in Luxemburg ansässig sind oder EU-Bürger sind. (LSAP)

In der Schweiz existiert ein Gesetz, das ausländischen Investoren verbietet, auf dem Wohnungsmarkt aktiv zu werden (Lex Koller). Die Piraten wollen juristisch prüfen, welche Lex Koller hierzulande im Einklang mit EU-Recht umgesetzt werden könnte. (Piraten)

FOKUS will, dass spekulative Investitionen von außerhalb der Europäischen Union in Luxemburg verboten werden. (FOKUS)

Die Konzentration von Bauland in „spezialisierten Investmentfonds“ steuerlich weniger attraktiv machen. (ADR)

④ Eine Partei sieht im Kampf gegen die Spekulation einen Fall der Beschlagnahmung vor:

Dafür sorgen, dass als letztes Mittel leerstehende Wohnungen und brachliegendes Land für rein spekulative Zwecke von Bau-trägern und Investoren beschlagnahmt werden. (déi Lénk).

---

## Die Besteuerung beim Verkauf von Bauland & Immobilien

Eine ganze Reihe von Vorschlägen zielt auf eine stärkere Besteuerung des Gewinns (Mehrwert) beim Verkauf von Immobilien.

Vor allem die spekulative Gewinnabschöpfung soll eingedämmt werden. Die Parteien unterscheiden sich in der Tragweite ihrer Vorschläge. Die Rangfolge bei der Tragweite: déi Lénk, die LSAP, déi Gréng und dann die CSV.

Die Piraten und die ADR wollen allerdings von einer stärkeren Besteuerung des Gewinns nichts wissen bzw. erwähnen dieses Thema nicht und die DP zielt sogar in die entgegengesetzte Richtung.

---

## Verkauf des eigenen Wohnsitzes (résidence principale)

Der beim Verkauf des Hauptwohnsitzes erzielte Veräußerungsgewinn bleibt steuerfrei. (LSAP sowie déi Lénk)

Bürger\*innen, die ihren ersten Wohnsitz wechseln und hierfür ihre Immobilie verkaufen, sollen dies weiterhin ohne steuerliche Benachteiligung tun können. (déi Gréng)

Nicht die gesamte Prämie zurückzahlen, wenn das Haus vor 10 Jahren vorab verkauft wurde (...) Zurückgefordert werden soll künftig nur noch der anteilige Betrag, der sich auf die Monate errechnet, in denen sich der Käufer tatsächlich im Haus aufgehalten hat. (ADR)

---

## Verkauf einer Wohnung (nicht der eigene Wohnsitz)

Wir besteuern alle Kapitalgewinne aus dem Verkauf von Grundstücken oder Gebäuden zum globalen Steuersatz. (déi Lénk)

Die Frist zur Geltendmachung des Spekulationsgewinns – derzeit gilt der Gewinn aus dem Verkauf einer Immobilie nach 2 Jahren nicht mehr als Spekulationsgewinn



– wird auf 5 Jahre verlängert. (LSAP)

Wir werden die Haltedauer um vom reduzierten Steuersatz von 20 Prozent auf der „Plus-Value“ bei Immobilienverkäufen profitieren zu können von zwei auf fünf Jahre erhöhen. (CSV)

Wir verlängern die Frist, nach der Wertgewinne bei Immobilien nur noch zum halben Durchschnittssteuersatz besteuert werden und überarbeiten die derzeit existierenden Freibeträge. (déi Gréng)

Wir werden beim Verkauf eines Grundstücks oder Wohnhauses die Versteuerung der „Plus-Value“ für ein Jahr auf 10,5 Prozent halbieren. (CSV)

Den „Quart taux global“ zeitlich befristet wieder einführen. (DP)

Die Übertragung eines Veräußerungsgewinns aus Immobilienverkäufen wieder befristet zulassen, wenn eine Mietwohnung verkauft wird und der Erlös in einen Neubau investiert wird. (DP)

Der bisherige Freibetrag von 50.000 Euro, nutzbar über 10 Jahre, hat keine Existenzberechtigung mehr und kann daher abge-

schaftt werden. (LSAP).

Die zehnjährige Verkürzung sollte abgeschafft werden. (déi Lénk)

Der derzeitige Freibetrag von 75.000€ im Zusammenhang mit der Übertragung eines durch direkte Erbschaft erworbenen Gebäudes wird auf 150.000€ verdoppelt, um Personen, die das Haus ihrer Eltern einmal im Leben erben, nicht zu benachteiligen. (LSAP)

---

## Verkauf einer Wohnung an die öffentliche Hand oder an einen sozialen Projektträger ohne Erwerbzweck

Den Kapitalertragssteuersatz für Immobilieneigentümer senken, wenn diese ihre Immobilie an einen gemeinnützigen Promoteur verkaufen. (LSAP)

Wir werden dafür sorgen, dass beim An-



kauf von Baugrundstücken durch staatliche Bauträger oder Gemeinden keine Übergewinnsteuer verrechnet wird. (CSV)

Der Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf von Immobilien, die dem Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden veräußert wurden (mit Ausnahme von Grundstücken, die dem Vorkaufsrecht unterliegen), bleibt steuerfrei. (déi Lénk)

---

## Kauf der eigenen Wohnung – die staatlichen Hilfen

LSAP, DP, CSV, déi Lénk und die Piraten wollen beim Kauf der eigenen Wohnung die „frais d'enregistrement“ entweder ganz abschaffen oder sozial staffeln. Déi Gréng deuten es an, ohne allerdings konkret zu werden. FOKUS und die ADR wollen für jeden Kauf, also nicht nur für Zweck des eigenen Wohnens, die Eintragungsgebühren abschaffen bzw. herabsetzen.

Für den Erwerb des Hauptwohnsitzes entfallen die Eintragungsgebühren. Diese Gunst wird im Laufe des Lebens zweimal gewährt. (LSAP)

Erstkäufern, die eine Immobilie für den persönlichen Gebrauch erwerben, eine einmalige Befreiung von den Eintragungsgebühren gewähren. (DP)

Die Steuerbegünstigungen und -abschreibungen im Bereich der Wohnungspolitik analysieren und sie in Anbetracht ihrer Auswirkungen auf die Immobilienpreise und die sozialen Ungleichheiten anpassen. (déi Gréng)

Wir werden den Steuerkredit „Bëllegen Akt“ von 30.000 auf 50.000 Euro hochfahren. (CSV)

Den „bëllegen Akt“ beim Erstkauf eines Hauses oder einer Wohnung von 30.000€ auf 50.000€ erhöhen. (ADR)

Modulation der Höhe der Steuerermäßigung auf Registrierungs- und Umschreibungsrechte, bekannt als „Bëllegen Akt“ – derzeit auf 30.000 pro Käufer festgelegt – um die Zusammensetzung des Haushalts und das Einkommen der Käufer besser zu berücksichtigen und insbesondere alleinerziehende Familien zu unterstützen (déi Lénk).

Dass auf die Eischreibgebühren für den Erwerb der Erstwohnung, die als Hauptwohnsitz genutzt wird, einfach verzichtet werden soll, wenn der Käufer mindestens zwei Jahre dort bleibt. (Piraten)

FOKUS will das „Droit d'enregistrement“ für alle Wohnungstransaktionen, die privaten Wohnzwecken dienen, abschaffen.

---

## Bankkredit & -Zinsen

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Zinslast bei den Baukrediten schlagen vier Parteien (LSAP, CSV, déi Lénk und ADR) Verbesserungen vor:

Staatsgarantie für Immobilienkredite. Wir werden das derzeitige System reformieren, um einer größeren Zahl von Begünstigten Zugang zu ermöglichen. (LSAP)

Der Anstieg der Kreditzinsen belastet den Immobilienmarkt und benachteiligt sogar potenzielle Käufer, die ihr Haus verkaufen möchten, um ein anderes zu erwerben. Die LSAP schätzt, dass der Kreditnehmer in diesem Fall in der Lage sein sollte, seine Kreditwürdigkeit zu den ursprünglichen Konditio-

nen zur Finanzierung der neu erworbenen Immobilie aufrechtzuerhalten (LSAP).

Wir werden die abzugsfähigen Höchstbeträge für Schuldzinsen pro Jahr erhöhen: von 3.000 auf 4.000 Euro während der ersten fünf Jahre, von 2.250 auf 3.000 Euro während der folgenden fünf Jahre von 1.500 auf 2.000 Euro für jedes weitere Jahr. (CSV)

Es wird ein durch Banken und den Staat finanzierter Mechanismus geschaffen, um von der Zinserhöhung betroffene Haushalte bei der Rückzahlung von Immobilienkrediten zu unterstützen, die für den Erwerb eines Hauptwohnsitzes aufgenommen wurden. (déi Lénk)

Erhöhung der Hypothekenzinszuschüsse von 175.000€ auf 300.000€. (ADR)

---

## Sonstiges

CSV: Wir werden den TVA-Freibetrag beim Kauf eines Eigenheimes („TVA Logement“ 3%) verdoppeln: von 50.000 auf 100.000 Euro.

Wir werden die Wohnungsbeihilfen neu ausrichten und das Gesetz von 1979 überarbeiten. (CSV)

Die staatlichen Wohnungsbeihilfen an die aktuelle Lage auf dem Immobilienmarkt und an die Inflation anpassen. (DP)

Wohngeld soll mehr Menschen zugute kommen: Die Einkommensgrenzen, die in den Regelungen z.B. die für die Abschlussprämie festgelegt sind, sollen um 25 Prozent erhöht werden. (ADR)

Der zulässige Gesamtbetrag der Mehrwertsteuer auf Wohnraum soll bei einem Wohnungskauf von 50.000 bis 100.000 Euro 3% betragen. (ADR)

Eine grundlegende Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf alle Bauten, die für den privaten Wohnungsbau bestimmt sind auf 3 Prozent. (FOKUS)

Die Piraten wollen die maximale staatliche Garantie für Immobilienkredite für das erste Eigenheim erhöhen. (Piraten)

# Tripartite & nationaler Sozialdialog

Das „Luxemburger Modell“ des Sozialdialogs hat es oft ermöglicht, Lösungen im Interesse der Bevölkerung zu finden, und hat somit den sozialen Frieden in Luxemburg erhalten. Dieses Gleichgewicht muss aufrechterhalten werden, um zu verhindern, dass die legitimen Forderungen der Arbeitnehmer und Rentner, von denen die Mehrheit bei den Parlamentswahlen in Luxemburg nicht wahlberechtigt ist, ins Abseits gedrängt werden. Der OGBL fordert, dass sich die politischen Parteien klar für die Beibehaltung der derzeitigen Zusammensetzung der Tripartite-Gremien aussprechen, basierend auf den Kriterien der nationalen Repräsentativität.

## LSAP

Die LSAP verteidigt die Aufrechterhaltung des Instruments der Tripartite, das den sozialen Dialog und den sozialen Frieden garantiert. Dies sei der Raum, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf Augenhöhe diskutieren können und der es der Regierung ermöglicht, im Einvernehmen mit den Sozialpartnern kurzfristige Entscheidungen zum Wohle von Arbeitnehmern und Bürgern zu treffen.

Die LSAP betont, dass sie auch das Streikrecht verteidigen wird.

## DP

Die DP streicht die Bedeutung des Luxemburger Sozialmodells in Krisenzeiten hervor um einvernehmliche Lösungen mit den Sozialpartnern zu finden. Für die DP ist die Tripartite ein fester Bestandteil des Erfolgsmodell Luxemburg. Die DP will im Dialog mit den Sozialpartnern weitere Maßnahmen ergreifen, um die Kaufkraft der Bürger und das Überleben der am stärksten betroffenen Betriebe, und damit deren Arbeitsplätze, abzusichern.

Für die DP ist es unabdingbar, die Sozialpartner bei der Ausarbeitung von Gesetzprojekten im Vorfeld zu konsultieren, sollten diese davon unmittelbar betroffen sein.

## DÉI GRÉNG

Déi Gréng wollen den Sozialdialog durch eine Reform des „Comité de coordination tripartite“ stärken, mit dem Ziel, dass neben Patronat und Gewerkschaften auch der Umwelt- und Klimaschutz sowie die Armutsbekämpfung stärker vertreten sind.

## CSV

Die CSV unterstreicht, dass sie fest zum Luxemburger Sozialmodell und zum Sozialdialog steht. Sie will alle richtungsweisenden Entscheidungen im Rahmen einer solide vorbereiteten Tripartite treffen. Das letzte Wort behält das Parlament. Alle wesentlichen Fragen der Sozialpolitik sollen regelmäßig mit den Sozialpartnern abgestimmt werden.

## ADR

Die ADR ist Nutzen eines guten sozialen Dialogs, z.B. im Rahmen der Tripartite, überzeugt. Ein guter, konstruktiver und vertrauensvoller sozialer Dialog sei auch ein wichtiger Standortvorteil.

Keine Aussage zu diesem Thema bei déi Lénk, Piraten und Fokus.

## → ANMERKUNG DES OGBL

Der OGBL begrüßt, dass LSAP, DP, CSV und ADR am aktuellen gesetzlichen Modell der Dreierverhandlungen (Tripartite) auf der nationalen Ebene festhalten wollen.

Die von déi Gréng angestrebte Reform der nationalen Tripartite wird vom OGBL strikt abgelehnt, weil sie einer Zweckentfremdung der wichtigen gesetzlichen Mission der Tripartite gleichkommt. Die Tripartite muss ein Instrument der Lösungsfindung im Fall einer akuten wirtschaftlichen und sozialen Krisensituation bleiben. Und in einer solchen Situation kommt der Entschärfung des Konfliktpotentials zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen eine prioritäre Bedeutung zu.

Und diese Interessen werden bekanntlich durch die repräsentativen Arbeitgeberorganisationen und national repräsentativen Gewerkschaften vertreten. Sie wären im Fall einer Erweiterung sowohl der Missionsbereiche als auch der Anzahl teilnehmender Organisationen geschwächt – sowohl gegenüber der Regierung als auch in Bezug auf die akute Krisenbekämpfung im Allgemeinen. Eine solche Entwicklung stünde dem gesellschaftlichen Allgemeininteresse am sozialen Frieden entgegen und würde wohl das Ende des Luxemburger Sozialmodells bedeuten.

Der OGBL bedauert, dass abgesehen von der LSAP und von déi Lénk (siehe im Abschnitt Kollektivvertragswesen), die Wahlprogramme der anderen Parteien dem Streikrecht keine besondere Bedeutung zumessen.

Er begrüßt die Absicht von der DP und der CSV sich in den wesentlichen Fragen, die die Sozialpartner betreffen, mit ihnen abzustimmen bzw. sie zu konsultieren.

## EINIGE SONSTIGE FORDERUNGEN DES OGBL

Für einen einheitlichen arbeitsmedizinischen Dienst, wie vom OGBL gefordert sprechen sich déi Lénk aus; LSAP, DP, Grüne und Piraten treten für eine Aufwertung bzw. Aufstockung der bestehenden Dienste aus; für CSV, ADR und Fokus ist die Arbeitsmedizin kein Thema.

Für eine Regulierung der Plattformarbeit und eine Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit treten LSAP, déi Gréng, déi Lénk und ADR ein, die anderen Parteien behandeln dies nicht.

Eine Sorgfaltspflicht für Unternehmen in Bezug auf die Menschenrechte wird vom ADR lediglich auf freiwilliger Basis gesehen, eine nationale Gesetzgebung lehnt sie ab. Eine solche wird gefordert von déi Gréng, déi Lénk und den Piraten. Die LSAP wird sich weiter für eine europäische Regelung einsetzen, ebenso die DP, die aber betont, dass die Hauptlast nicht von den Unternehmen getragen werden kann. Kein Thema ist dies bei CSV und Fokus.

Die Forderung einer strukturellen Erhöhung des REVIS wird ansatzweise von der DP unterstützt, die die Äquivalentsteuergutschrift definitiv in den REVIS-Grundbetrag einarbeiten will. Die CSV will neben der regelmäßigen Anpassung an die Gehaltsentwicklung die Teuerungszulage (AVC) in den REVIS-Betrag integrieren, sieht aber keine darüber hinaus gehende Anpassung vor. Die Lénk wollen die bestehenden REVIS-Regeln ganz abschaffen, und durch ein garantiertes Mindesteinkommen auf Ebene der Armutsrisikoschwelle ersetzt werden. Für die ADR reicht REVIS alleine nicht aus, um über die Runden zu kommen, jedoch sollte das Ziel sein, die Betroffenen schnellstmöglich aus der Abhängigkeit von Sozialhilfe zu lösen, damit sie Eigenverantwortung übernehmen können.

Eine Erhöhung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengelds, wie der OGBL sie fordert, findet man bei déi Lénk, die desweiteren die Zumutbarkeitsgrenzen lockern und transparenter gestalten will. Die DP will dagegen die Zumutbarkeitsgrenzen für die Annahme einer Arbeit noch verschärfen. Die CSV will die Gesetzgebung zur Langarbeitslosigkeit ändern, um diese zu bekämpfen, sagt aber nicht wie. Die ADR denkt darüber nach, die Leistungen der ADEM zu kürzen, wobei es für Einheimische Kompensationen geben soll. Diese sollen auch bei der Arbeitsplatzvergabe gegenüber Grenzgängern bevorzugt behandelt werden. Ganz offensichtlich ein No-Go für den OGBL, der eine solche Spaltung der Arbeitnehmerschaft nicht hinnehmen wird.

Bei den Familienleistungen, wo der OGBL eine strukturelle Aufwertung fordert, die den Wertverlust aufgrund der Desindexierung zwischen 2006 und 2021 zumindest zum Teil kompensiert, findet man bei der DP die Idee das Kindergeld zu erhöhen, aber erst ab 12 Jahren. Déi Lénk will das Kindergeld dagegen für alle Kinder um 10% erhöhen, um die Desindexierung auszugleichen. Ebenso will die ADR die Desindexierung ab 2006 stufenweise kompensieren, wobei wieder bei mehr Kindern auch ein höheres Kindergeld bezahlt wird. Langfristig soll das Kindergeld durch ein „Elterngeld“ ersetzt werden. Déi Gréng wollen das Kindergeld in seiner jetzigen Form abschaffen und alle Sozialleistungen für Kinder in einer Kindergrundversicherung zusammenführen, die aufgrund eines neuen Referenzbudgets für Kinderbedürfnisse errechnet werden soll. Die CSV will das Kindergeld sozial staffeln, und ab dem 3. Kind erhöhen. Eltern, die ihre Kinder zuhause erziehen und also

nicht auf die öffentliche Schule schicken, sollen doppelt so viel Kindergeld erhalten – ein erzkonservatives Programm, das man eher bei Parteien weiter rechts erwartet hätte. Kein Thema im luxemburgischen Wahlkampf ist im Übrigen die vom OGBL verteidigte Gleichbehandlung von Einheimischen und Grenzgängern.

Die vom OGBL geforderte Verbesserung des Urlaubs für den zweiten Elternteil bei der Geburt wird von der DP geteilt, die eine Erhöhung auf 15 Tage vorschlägt, die allerdings zum grössten Teil vom Staat und nicht vom Betrieb bezahlt werden sollen, ebenso bei déi Gréng (die allerdings nur von „ausbauen“ sprechen), sowie déi Lénk und den Piraten, die beide diesen „Geburtsurlaub“ für den Partner bzw. die Partnerin auf drei Monate ausdehnen wollen. Die CSV will keine Verlängerung, aber eine Flexibilisierung dieses Urlaubs. Im Übrigen ist festzustellen, dass viele Parteien, inklusive jener die gegen eine Arbeitszeitverkürzung verschiedene Konzepte von Elternzeit ohne Lohnverlust vorschlagen, um den Eltern mehr Zeit bei ihren Kindern zu geben. Solche Konzepte findet man bei der LSAP, déi Gréng, CSV (da allerdings als Elternstunden ohne Lohnausgleich) und FOKUS, während DP und Piraten den bestehenden Elternurlaub verlängern wollen. Der Unterschied zu einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung liegt nicht nur darin, dass dies zeitlich befristet und nur für Arbeitnehmer mit kleinen Kindern gelten soll, sondern auch, dass dies die Unternehmen nichts kosten soll, und eher als staatliche Sozialleistung zu sehen ist.

keng falsch  
Verspriechechen

**MIR  
MAACHEN**



Gidd och Dir elo Member vun  
der gréisster Gewerkschaft zu  
Lëtzebuerg → [hello.ogbl.lu](https://hello.ogbl.lu)